

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 12 vom 23. März 1984

18. Jahrgang

1 DM

Franz Josef Derwall?

Der Wetter sei schuld am schlechten Abschneiden der CSU bei den bayerischen Kommunalwahlen, die Politik in Bonn ebenfalls, und eigentlich sei es doch ganz großartig gewesen — diese herrliche Zusammenfassung gab Franz Josef Strauß im Zusammenhang mit dem Münchner Ergebnis vor allem. Machtvoll fühlte man sich dabei an Jupp Derwall nach einem Spiel der DFB-Auswahl erinnert.

Sicherlich ein Ergebnis, das nicht zuletzt aufgrund der unsozialen Bonner Politik zustandekam. Sicherlich aber auch ein Ergebnis, daß durch Kiesls Amtsführung, mit seinen feudalen Einsprengseln mitverursacht wurde.

Aber, ungeachtet des Ergebnisses der Stichwahl, sicher auch ein Ergebnis, das den profilierten Rechten in der SPD gewaltigen Auftrieb geben dürfte. Ein „linker“ Kandidat — Wahlschlappe. Ein „rechter“ Kandidat — Wahlsieg, so wird es jetzt schon gehandelt.

Denn Kronawitter führte zwar seinen Wahlkampf nicht zuletzt unter der Losung, er trete gegen die Macht des großen Geldes an, vertrat aber keinerlei Programmpunkte, die eben diesem seinem angeblichen Gegner weh tun könnten ...

Frauensache

Dazu scheint sich die Sozialhilfe immer mehr zu entwickeln — der Anteil der Frauen an den Empfängern von Sozialhilfe, insbesondere an jenen zwei Dritteln der 2,4 Millionen, die ständig Sozialhilfe beziehen, wächst weiter.

Die in der Statistik so bezeichneten „Hilfsempfänger außerhalb von Einrichtungen“ sind zu ihrem allergrößten Teil Frauen: entweder geschiedene mit Kind oder ältere, arbeitslose Frauen. So zeigt es sich in der Wirklichkeit, was an der angeblichen Bevorzugung von Frauen durch Scheidungsgesetze dran ist. Und so erweisen sich auch die ständigen Beschneidungen der Sozialhilfe als eine Variante der frauenfeindlichen Politik, die in dieser Republik betrieben wird.

Nachtsitzungen, gescheiterte Kompromißangebote, Hektik:

EG in der Krise

Die bisherigen Ergebnisse des Brüsseler Treffens der Regierungschefs der EG-Staaten zeigen in aller Deutlichkeit, daß die sogenannten „Fehlschläge“ der Treffen von Stuttgart und Athen im letzten Jahr keine Zufälle oder Entgleisungen waren. Die zahlreichen Widersprüche zwischen dieser großkapitalistischen Vereinigung spitzen sich um die typischste Frage zu, die es bei solch einer Gemeinschaft geben kann: ums Geld. War schon heftig um einen „Agrar-Kompromiß“ gerungen worden (siehe dazu Seite 2), so geht es jetzt wieder um die Ausgleichszahlungen, um den britischen Beitrag vor allem.

Kompromißlos verfocht Maggie Thatcher die britische Linie, die Londoner Zahlungen an die EG drastisch zu senken. Zur selben Zeit gehen die Auseinandersetzungen zwischen Spanien und Frankreich weiter, verschärft sich auch der Streit um andere Zahlungen.

Die Regierungen in Bonn und Paris, ohne Zweifel Vertreter der Hauptnutznießer dieser EG, mühen sich zu kitten, was zu kitten ist. Schon wird massiv über Austritte Großbritanniens und Dänemarks spekuliert. Dagegen werden Appelle an die „europäische Idee“ und ähnliches lanciert. Appelle, die einerseits eine irgendwie fortschrittlich geartete Zielsetzung in dieser EG sehen wollen, um wenigstens ein bißchen Anhang dafür zu finden, die andererseits aber sehr deutlich machen, daß es ihren Autoren darum geht, den Einfluß dieser EG als imperialistische Gemeinschaft zu sichern.

EG in der Krise, das heißt, das Europa der Monopole ist in der Krise. Das Europa der Arbeitsplatzvernichter, das Eu-

ropa der Bauernleger, das Europa der atomaren Aufrüstung — dieses Europa ist in der Krise. In die Krise gekommen durch die kapitalistische Wirtschaftskrise, die alle Mitgliedstaaten erfaßt hat, aus der jede

und Paris, während vor allem London alles einsetzt, die eigene Position zu verbessern.

Diese Sorge ist sicher nicht die der werktätigen Menschen in Westeuropa. Deren Sorgen wa-



Bauern demonstration vor dem EG-Gipfel

herrschende kapitalistische Klasse auf Kosten der jeweiligen Arbeiterklasse, aber auch auf Kosten ihrer kapitalistischen Konkurrenten herauskommen will.

Diese EG zu erhalten, ist demzufolge hauptsächlich das Interesse der Vertreter aus Bonn

ren es in der Vergangenheit weit mehr, die kapitalistischen Maßnahmen, die über diese saubere Gemeinschaft organisiert wurden, entweder zu ertragen oder abzuwehren. Und so wird es auch bei Fortbestand der EG, in welcher Form auch immer, bleiben.

Warnstreikaktionen weiten sich aus!

Mit Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen in Nordrhein-Westfalen, Norddeutschland, Hessen und Baden-Württemberg bekräftigten zehntausende Metallarbeiter ihre Bereitschaft, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen.

Die größte Warnstreikaktion

fand bei Daimler-Benz in Sindelfingen statt. Über 15000 Kolleginnen und Kollegen legten für eine Stunde die Arbeit nieder. Wie der Betriebsrat erklärte, folgte damit die Belegschaft fast vollständig dem Aufruf der IG Metall.

Die Verhandlungen mit den Unternehmern verliefen — teil-

weise von Metallarbeiterprotesten gegen die Haltung der Unternehmer begleitet — ergebnislos. In Hessen empfahl die Verhandlungskommission der IG Metall der Tarifkommission, das Scheitern der Verhandlungen zu erklären. Die IG Druck & Papier hat bereits das Scheitern der Verhandlungen erklärt.



Diese Woche

Berichte zur Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit — Seite 7

Die Tricks der Flicks — Seite 9

Arbeitsbrigaden in Nicaragua — Seite 11

Größter Polizeieinsatz der britischen Geschichte

England: Tote streiken nicht

8000 Polizisten mit Spezialausrüstung befinden sich bereits in den verschiedenen britischen Kohlereviere. Streikposten werden angegriffen und festgenommen, die Büros der Gewerkschaften überwacht und abgehört. Scotland Yard jagt keine Mörder, schon gar nicht solche, die Streikposten erschlagen, sondern jagt Streikende. Weitere 12000 Polizisten stehen in Reserve um die Streikzentren Yorkshire und Kent anzugreifen. Die britische Reaktion mobilisiert alles, um diesen Streik zu zerschlagen.

Und es ist ja in der Tat eine entscheidende Wegemarke. Erischer Widerstand gegen Massenentlassungspläne in einer so zentralen Branche wie es der britische Bergbau noch ist, das könnte erneut den Bestand einer offen reaktionären britischen Regierung gefährden, wie es vor zehn Jahren Edward Heath geschah.

Den Umstand ausnützend, daß die Reihen der Bergarbeitergewerkschaft offensichtlich wenig geschlossen sind, daß sich Spaltungstendenzen breit machen, daß zahlreiche Funktionäre anderer Reviere gegen den Streik agitieren, soll das „rote Yorkshire“ isoliert werden. Daß dabei auch gegen jene Gewerkschaftsfunktionäre vorgegangen wird, die sich gegen einen landesweiten Streik stark machen, zeigt nur einmal mehr, daß die Reaktion ihren Helfern nicht

dankbar ist.

„Die Geburt des britischen Polizeistaates“ nannte es der Gewerkschaftsvorsitzende von Kent. In der Tat ist in den verschiedenen westeuropäischen Staaten in den letzten Jahrzehnten ein derart massives, offenes Vorgehen der Polizei in dieser generalstabsmäßig geplanten Weise unbekannt gewesen. Eine äußerst massive Hetzkampagne von „Fleet Street“ begleitet die Aktion des Yard. Da wird Mordhetze geschürt, gibt es den ersten Toten, gibt es Dutzende Schwerverletzte.

Die Thatcher-Regierung, schon Vorreiter bei der konservativen Gegenreform der Sozialsysteme will nun auch hier offensichtlich einen Modellfall für Westeuropa schaffen — um so mehr brauchen die britischen Bergarbeiter Solidarität!

Unter militärischem Druck der USA

Wahlfarce in El Salvador

Am 25. März sollen in El Salvador Präsidentschaftswahlen stattfinden. Diese Wahlen, die auf Druck der USA durchgezogen werden, sollen den Beweis für Demokratie in El Salvador sein, sollen die Begründung für weitere Militärhilfe aus den USA und Unterstützung aus Bonn abgeben.

Die Opposition ist praktisch von den Wahlen ausgeschlossen. Um den Präsidentenstuhl streiten sich praktisch nur zwei Bewerber, der rechtsradikale, faschistische d'Aubuisson, der mit den Todesschwadronen in Verbindung gebracht wird, der einen Kreuzzug gegen den Kommunismus führen will, der die reaktionärsten Kräfte in El Salvador hinter sich hat. Sein Gegenspieler ist der Christdemokrat Duarte, auf den setzen vor allem die USA, weil er sich nicht so fanatisch gibt, auch schon mal über Verhandlungen mit der Opposition redet.

Die Bevölkerung, vor allem die Befreiungsfront allerdings, bauen auf keinen von beiden.

Die Stellung der Befreiungsfront von El Salvador FMLN und der politischen Organisation der Bewegung „Revolutionäre Demokratische Front“ (FDR) faßte deren Vorsitzender Ungo kürzlich so zusammen: „Diese Wahlen sind von der Reagan-Regierung angesetzt, organisiert und finanziert worden. Sie werden durchgeführt, um den Amerikanern die Fortsetzung des Kriegs zu erlauben. Denn es handelt sich um Wahlen, die eine Verstärkung der

US-Intervention bewirken sollen. Unter Berufung auf das Abstimmungsergebnis will der amerikanische Präsident den Kongreß für die Gewährung immer größerer Militärhilfe für unser Land gewinnen.“

Diese Wahlen, so Ungo weiter, werden zur Karikatur. „Man versucht uns, der Opposition, die Hände zusammenzubinden und fordert uns gleichzeitig auf, Basketball zu spielen.“ Der Urnengang sei kein geeignetes Mittel, um El Salvador den Frieden zurückzubringen. Die FDR ist solange gegen Wahlen, wie für sie keine echte Chancengleichheit im Wahlkampf herrsche. Die Opposition will wegen der Wahlen ihre Kampfhandlungen nicht einstellen, die Wahlen selbst aber nicht behindern.

Die USA sind in diesen Tagen dabei, diesen Wahltag zu „schützen“. So haben sie vier Kriegsschiffe, darunter den Flugzeugträger „America“ vor die nicaraguanische Küste geschickt, angeblich um „eventuelle sandinistische Aktionen im Hinblick auf eine Störung des Verlaufs der Wahlen in El Salvador vorzubeugen.“

Seit drei Jahren in den Gefängnissen des Stasi Manfred und Andreas müssen endlich freigelassen werden!

Im März 1981, vor drei Jahren, wurden Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt vom Staatssicherheitsdienst verhaftet. In den darauffolgenden Monaten kam es zu weiteren Verhaftungen in ihrem politischen Freundeskreis. Seitdem sind der ehemalige Betriebsschlosser beim „Neuen Deutschland“ und der Diplom-Mathematiker in Gefängnissen des Stasi lebendig begraben.

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt wurden verhaftet, weil sie in den Augen des Staatssicherheitsdienstes Funktionäre der KPD, Sektion DDR waren. Die KPD in der DDR existierte schon Jahre vorher, seit 1976. Daß die politische Polizei im Verlauf des Jahres 1980 die Bespitzelung der illegal arbeitenden kommunistischen Organisation massiv verstärkte und schließlich mit den Verhaftungen im Frühjahr 1981 den Versuch unternahm, die KPD zu zerschlagen, lag maßgeblich daran, daß die Partei- und Staatsführung der DDR offenkundig Angst hatte, der „polnische Virus“ könne auch auf die DDR übergreifen. Für den Fall sollte vorgebeugt werden. Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt wurden nach mehr als einem Jahr Untersuchungshaft zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. In weiteren Prozessen kam es zu

die alles aufzeichnen, was gesprochen wird, Wachbeamte haufenweise und absolutes Verbot, über irgendwelche Vorfälle im Gefängnis zu sprechen. Das hält kaum einer aus, ohne dabei schwere gesundheitliche Schäden zu erleiden.

Normalerweise können Strafgefangene in der DDR damit rechnen, daß bei sogenannter guter Führung die zweite Hälfte der Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird. Das mußte in dem Fall, wo die Strafe 3 Jahre und 10 Monate betrug, schon längst passiert sein. Es ist aber nichts dergleichen geschehen. Will das Honecker-Regime bei diesen kommunistischen Oppositionellen also nicht nur, was die Höhe der Strafe betrifft, sondern auch bei deren Vollstreckung demonstrieren, wieviel Härte der Staat zeigen kann, wenn er es ernst meint?

Besondere Härte zeigt in die

Schreibt an die Genossen



Andreas Bortfeldt
Strafvollzugsanstalt
Bautzen
Postschloßfach 100-2
8600 Bautzen/DDR

Urteilen über 3 Jahre und 10 Monate, 4 Jahre und 10 Monate und 6 Jahre.

Für Manfred und Andreas, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, ist das die Höchststrafe, die nach dem Strafgesetz der DDR bei Verurteilungen nach § 106, „staatsfeindliche Hetze“, möglich ist. Und diese Urteile, 8, 6, 5 und 4 Jahre Gefängnis lediglich deshalb, weil Menschen von ihrem angeblich in der Verfassung garantierten Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht haben!

Wer schon einmal etwas über die Haftbedingungen in der DDR gehört hat, kann sich vorstellen, was es bedeutet, dort drei Jahre — mehr als tausend Tage — im Gefängnis zu sein: Einzelhaft oder Unterbringung in Zellen, die mit bis 14, 16 Gefangenen vollgestopft sind; systematische Zusammenlegung von politischen Gefangenen mit Mördern und anderen Kriminellen; schwerste körperliche Arbeit und schlechtes Essen; nur sehr selten einmal ein Paket; Briefverkehr, der nur mit den allerengsten Angehörigen erlaubt ist; Besuch nur alle zwei Monate, in der Regel ebenfalls nur Verwandten ersten Grades erlaubt; und bei den Besuchen Verhältnisse, wie man sie hier z. B. von Gefangenen der RAF kennt — z. T. Trennscheiben, Tonbänder,



Manfred Wilhelm
Strafvollzugsanstalt
Brandenburg
Postschloßfach 66-9
1800 Brandenburg/DDR

sem Fall aber nicht nur das Honecker-Regime, sondern auch der angeblich so um Menschenrechtsverletzungen in der DDR besorgte Bonner Staat. Von Anfang an gab es auch nicht die geringste Bereitschaft, irgendwas im Interesse der kommunistischen Oppositionellen drüber zu unternehmen. Obwohl amnesty international sofort Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt als Gewissensgefangene adoptierte, obwohl Angehörige der politischen Gefangenen hier in der Bundesrepublik verschiedenste Politiker um Hilfe baten, obwohl mittlerweile über 2000 Menschen, darunter viele Prominente, einen Appell an den Ministerrat der DDR unterzeichnet haben. Dort, wo es sich um Menschenrechtsverletzungen an Kommunisten handelt, ist also offenbar Schluß mit der Solidarität der Westdemokraten.

Es gibt also nach wie vor nur einen Weg, etwas für die Gefangenen in der DDR zu tun: alle Möglichkeiten zu nutzen, die Sache öffentlich bekanntzumachen und Menschen davon zu überzeugen, daß es nötig ist, gegenüber den Behörden der DDR dagegen zu protestieren, daß hier Menschen allein auf Grund ihrer politischen Überzeugung fünf, sechs oder gar acht Jahre im Gefängnis verbringen sollen.

Vor der EG-Gipfelkonferenz: Einigung über Milchquoten

EG-Agrarmarkt: Wem nützt er?

Einige Tatsachen zu einer aktuellen Debatte

Als erstes wäre natürlich nachzufragen, wie es denn wirklich mit der landwirtschaftlichen Produktion aussieht. „Hemmungslose Überproduktion“ — das ist eine der Kernbehauptungen der Bonner Regierung. Oder, wie es Minister Kiechle sagte, er könne nun einmal nicht dazu kommen, daß die Leute mehr essen, als sie es ohnehin schon tun.

So wird beispielsweise für das Erntejahr 82/83 mit einer Butterüberproduktion von 30 Prozent argumentiert. So einfach sollte man dies aber eben nicht als Wahrheit hinnehmen. Denn dabei wird so getan, als würde dem letzten kleinen Rentner die Butter sozusagen zum Hals heraushängen. Nein, die Aldi-Margarine wird nicht deshalb so viel gekauft, weil sie so viel besser schmeckt als Butter, sondern weil sie so viel billiger ist. Der Verbrauch von Margarine in der BRD liegt fast 1,5-mal so hoch wie der Butterverbrauch. Und keiner kann behaupten, dies wäre in erster Linie eine Geschmacks- oder gar Gesundheitsfrage, es ist zuallererst eine Geldfrage, für die arbeitende Bevölkerung allemal (von den Arbeitslosen ganz zu schweigen).

Ähnliches läßt sich beispielsweise auch für Rindfleisch sagen. Dafür sind die am meisten überbezahlten Preise überhaupt zu bezahlen — noch mehr als die 20 Prozent, die die Nahrungsmittelpreise im EG-Durchschnitt über denen eines „freien Wettbewerbs“ lägen. Auch hier läßt sich feststellen, daß es bestimmt keineswegs nur eine Frage des Mögens ist, wenn der durchschnittliche (hohe) Schweinefleischverbrauch in der BRD 2,5-mal höher liegt, als der Verbrauch von Rindfleisch.

Würde man diese durchschnittlichen Verbrauchswerte genauer aufgliedern, nach gesellschaftlichen Bereichen, so würde überdies deutlich, daß natürlich der Verbrauch bei den werktätigen Massen darunter liegt, von solchen Gruppierungen wie Niedrigrentner oder Sozialhilfeempfängern einmal ganz abgesehen.

Die These von der billigen und überreichlichen Versorgung mit Nahrungsmitteln durch die EG ist also nicht haltbar. Die Preise sind die teuersten der Welt und die Versorgung muß sehr differenziert betrachtet werden.

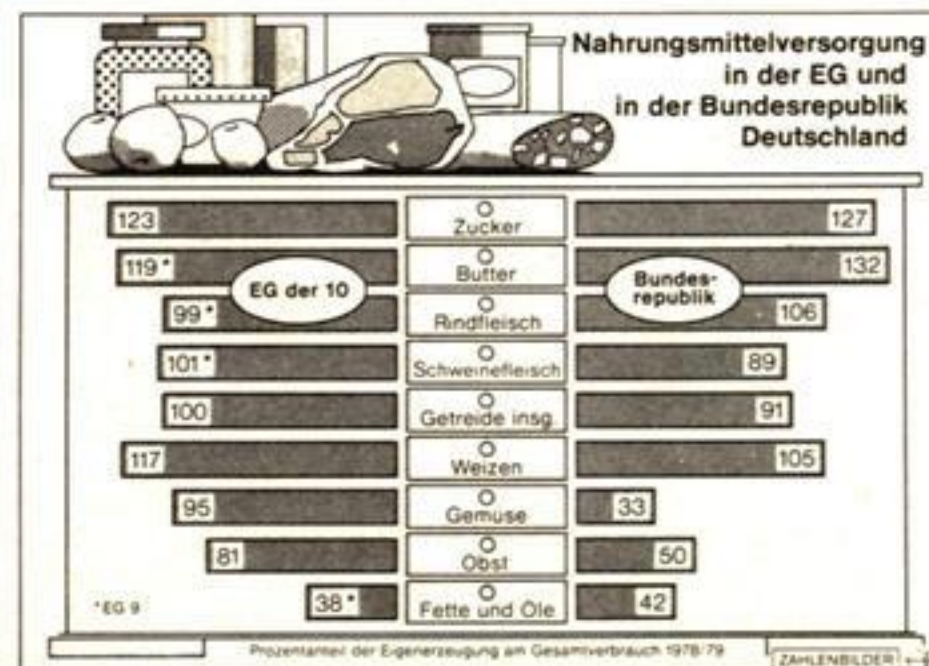
Ähnlich fragwürdig ist auch die These vom „Abschauen“ der Bauern. Die enormen Zahlen wirken da selbstverständlich erschlagend auf jede Überlegung. 37 Milliarden Mark für den

Es gibt wenige politische Auseinandersetzungen heutzutage, in denen so viel spekuliert wird, wie es bei der EG-Frage der Fall ist. Die EG ist gut, aber die Bauern sahen zuviel ab, so etwa die Grundgedanken nicht nur eines normalen bundesdeutschen Zeitungslesers, sondern auch der Tenor der offiziellen Propaganda. Die Senkung der Abnahmegarantie für Milch, die die Agrarminister der EG letzte Woche beschlossen, wird dementsprechend auch als ein Erfolg im Kampf um die Erhaltung der EG gefeiert. Was steckt nun hinter all den Milchseen, Butterbergen, Zuckerwüsten und Milliardenregen? Dazu im folgenden einige Überlegungen aus verschiedener Sicht.

Agrarmarkt im letzten Jahr, die enormen „Abschöpfungsgelder“ also faktische Einfuhrzölle gegenüber Nichtmitgliedsstaaten, die Agrarhaushalte der einzelnen Mitgliedstaaten, alles das zusammen beläuft sich auf eine Summe von 150 Milliarden Mark. Oder, wie es in der „Zeit“ geschrieben war, jeder Nichtlandwirt muß pro Jahr 1500 Mark an die Bauern abdrücken, in ganz Europa.

der Milch mehr als die Hälfte, nämlich 59 Prozent.

Und hinzu kommt noch die notwendige Betrachtung der unterschiedlichen Lage der Bauernschaft. So ist es beispielsweise gerade bei der in den letzten Tagen so oft beschriebenen Milchwirtschaft so, daß in der BRD 75 Prozent aller Milchbauern weniger als 20 Kühe haben und insgesamt nur 40 Prozent der Milcherzeugung bestreiten.



Ein typisches Schaubild, mit dem in der EG-Frage Politik gemacht wird — alles ist im Überfluß da, das soll untergejubelt werden. Wobei einfach der faktische Verbrauch mit der Erzeugung verglichen wird, ohne nachzufragen, wie der Verbrauch von welchen Erzeugnissen zustandekommt und wie er sich warum entwickelt. So am Beispiel Butter, wo der Verbrauch laufend sinkt, während die Preise steigen.

Zwei Tatsachen sollten hier, auf diesem kurzen Raum, genügen, diese Zustandsbeschreibung zu widerlegen.

Im Bericht des EG-Rechnungshofes vom Oktober 83 wurde festgestellt, daß im Jahr 1981 sage und schreibe 70 Prozent der Garantiemilliarden Unternehmen zufließen, „welche die Landwirtschaft mit Vorprodukten beliefern oder ihre Erzeugnisse verarbeiten“. Das sind die Nahrungsmultis, die Chemiekonzerne und die großen Vermarktungsketten. Sie sind die Hauptnutznießer dieser Geldströme, die da fließen.

Aus dem diesjährigen Agrarbericht der Bundesregierung wiederum geht hervor, wieviel denn die Bauern nun wirklich vom Endverkaufspreis erhalten. Das sind bei Brot beispielsweise gerade 11 Prozent, bei Gemüse 28, bei Zucker 41, Fleisch 44, Kartoffeln 49 und lediglich bei

Sie werden von den nun beschlossenen Maßnahmen am meisten betroffen sein, die ja auf eine einzelbetriebliche Quotierung (daß für jeden Betrieb die genaue Menge festgelegt wird) hinauslaufen.

„Bereits die Kosten für den Kraftfutteraufwand bei der Herstellung des weißen Saftes sind höher als die Erlöse für Milchprodukte auf dem Weltmarkt“. So schreibt es die „Zeit“ in ihrem Dossier über die EG-Landwirtschaft vom 16.

Die Nummer 7 der „Kommunistischen Hefte“, der theoretischen Zeitschrift der KPD, mit Schwerpunktthema „Europa der Monopole“, dazu, sozusagen als Kontrastprogramm, eine Rede Enver Hoxhas über die albanische Landwirtschaft.

Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Preis 6,— DM.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Amnesty International

Nobel Peace Prize Winners 1977

amnesty international

Al Mendocino U.S.A. 135

PO Box 557 Mendocino, Ca 95460 (707) 937-4256

PO Box 557 Mendocino, Ca 95460 (707) 937-4256

PO Box 557 Mendocino, Ca 95460 (707) 937-4256

PO Box 557 Mendocino, Ca 95460 (707) 937-4256

PO Box 557 Mendocino, Ca 95460 (707) 937-4256

PO Box 557 Mendocino, Ca 95460 (707) 937-4256

PO Box 557 Mendocino, Ca 95460 (707) 937-4256

PO Box 557 Mendocino, Ca 95460 (707) 937-4256

PO Box 557 Mendocino, Ca 95460 (707) 937-4256

PO Box 557 Mendocino, Ca 95460 (707) 937-4256

Gruppen von amnesty international aus Uppsala in Schweden, Mons in Belgien, Belfast in Irland und Mendocino in Kalifornien übernehmen die Betreuung von Manfred und Andreas.

Bundestagsdebatte 35-Stunden-Woche Über die Nichteinmischung der SPD

Kein Tag vergeht, ohne daß Regierungsvertreter Stellungnahmen absondern, die die gewerkschaftliche Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich verteuern, die Unternehmerargumentation bestärken. Letzte Woche nahm selbst der Bundesrat auf Antrag der CDU-regierten Bundesländer gegen die 35-Stunden-Woche Stellung.

Diese Haltung der Regierungskoalition stand denn auch im Mittelpunkt der von der SPD-Fraktion beantragten aktuellen Fragestunde im Bundestag am 14. März. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Wolfgang Roth, warf der Regierung vor, sie agiere mit ihrer einseitigen Stellungnahme als „Kampftruppe der Arbeitgeber“, mit ihrer Einmischung in die Tarifauseinandersetzung betreibe die Regierung eine „Verstaatlichung der Tarifpolitik“.

Lambsdorff verkündete in der Bundestagsdebatte, die Regierung stehe zur Tarifautonomie. In seiner Rede auf der Münchner Handwerksmesse hatte Lambsdorff — wie übrigens auch Strauß — die massive Parteinahme der Regierung für die Unternehmer sinngemäß damit begründet, daß die 35-Stunden-Forderung in Wirklichkeit ein Kampfmittel gegen die Regierung sei, in dieser politischen Absicht herausgeholt worden sei, deswegen müsse die Regierung sich zur Wehr setzen.

Kampftruppe der Arbeitgeber — was denn sonst?

Natürlich hat Wolfgang Roth recht: diese Regierung agiert als Kampftruppe der Unternehmer. Der Regierungswechsel in Bonn wurde vom organisierten Unternehmertum vor allem deshalb betrieben, weil eine Regierung gebraucht wurde, die eine Politik der verschärften Konfrontation gegen die Gewerkschaften verfolgen kann. So agiert diese Regierung jetzt auch.

Eben deshalb ist der von der SPD und landauf-landab von Gewerkschaftsfunktionären geäußerte Vorwurf der „Einseitigkeit der Regierungseinmischung“ zwar in der Sache zutreffend, als politische Kritik aber reichlich kraftlos. Diese Regierung bezieht eindeutig Position — natürlich die der Unternehmer. Sie tut das nicht aus Unachtsamkeit, sondern sie verfolgt eine klare politische Absicht damit: die Zersetzung, Spaltung, politische Isolierung, Schwächung der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsführungen reagieren darauf nicht angemessen, sondern gefährlich. Sie werden an der „einseitigen“ Stellungnahme der Regierung nichts ändern. Diese „harte“ Haltung der Regierung verfehlt ihre Wirkung auf schwankende Kolleginnen und Kollegen nicht, erst recht wirkt sie in der Öffentlichkeit als Argument für die Stichhaltigkeit der Unternehmerargumente aus. Es geht in der Massendiskussion nämlich weniger um die Frage der Einseitigkeit, sondern um die Frage, wer recht hat.

Lambsdorff hat völlig unrecht: die IGM-Führung — von der DGB-Führung ganz zu schweigen — hat die 35-Stunden-Woche nicht als Kampfmittel gegen die Regierung herausgeholt. Im Gegenteil: die Gewerkschaftsführung will den Kampf gegen die Bonner „Kampftruppe der Arbeitgeber“ mit einer Hartnäckigkeit vermeiden, die lebensgefährlich

ist. Lambsdorff spekuliert aber durchaus richtig: der Vorwurf, daß es den Gewerkschaftsführungen nicht um die unmittelbaren gewerkschaftlichen Zielsetzungen geht, sondern um „politische“ Ziele, ist geeignet, Spaltungstendenzen zu fördern. Er wird natürlich vor allem mit Blick auf jene Kolleginnen und Kollegen erhoben, die am 6. März die Parteien der Regierungskoalition gewählt haben.

Diesem Kalkül und dieser Propaganda der Reaktion können die Gewerkschaften nur begegnen, indem sie unmißverständlich die Regierung als Regierung der Kapitalisten, als Gegner der Arbeiter und Angestellten angreifen. Die Haltung dieser Regierung in der Frage der 35-Stunden-Woche zeigt in aller Deutlichkeit, daß die Arbeiter und Angestellten, wenn sie sich gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit zur Wehr setzen wollen, gezwungen sind, nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen diese Regierung zu kämpfen. Das müssen die Gewerkschaften vertreten — gerade auch mit Blick auf jene Kolleginnen und Kollegen, die am 6. März die Koalitionsparteien gewählt haben.

Die SPD-Führung will keine Kampftruppe der Gewerkschaften sein

Die SPD hat in der Fragestunde des Bundestages die Regierung wegen „Einseitigkeit“ kritisiert, aber kein sozialdemokratischer Abgeordneter hat die Forderung erhoben, die Regierung müssen den Kampf für die 35-Stunden-Woche unterstützen. Die SPD-Führung, die die Regierung als „Kampftruppe der Arbeitgeber“ kritisiert, will selbst nicht Kampftruppe der Gewerkschaften sein. Sie versagt damit dem Kampf für die 35-Stunden-Woche in Wirklichkeit ihre Unterstützung.

Die SPD-Führung, die relativ flott in der Opposition Forderungen der Friedensbewegung aufgegriffen hat, nimmt in der Frage der 35-Stunden-Woche — trotz Opposition — eine völlig schwammige Haltung ein. Das ist auch in den Bezirken feststellbar. Etwa wenn der Hamburger Bezirksparteitag es ablehnt, sich für eine konsequente Unterstützung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche auszusprechen, oder wenn auf Bezirksparteitagen die sozialdemokratischen Mittelständler die Unternehmermaterialien gegen die 35-Stunden-Woche verteilen können.

Die SPD will wieder in die Regierung — natürlich vor allem gestützt auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft. Aber Regierung der Gewerkschaften zu sein — das verspricht sie noch nicht einmal in der Opposition. Die Frage der politischen Macht für die Arbeiterklasse zu stellen — damit fängt die SPD lieber gar nicht erst an. Nur: Kapital und Reaktion stellen diese Machtfrage — ganz einseitig.

Salzgitter-Konzern

10 000 Entlassungen geplant!

Korrespondenz von HDW / Kiel

Die Aufsichtsratsmitglieder des Salzgitter-Konzerns erhielten vor einigen Wochen einen „Entwurf für ein Unternehmens-Konzept 84“. Der Vorstand des Salzgitter-Konzerns plant im Zusammenhang mit einer 500-Millionen-Hilfe des Bundes die Vernichtung von 10 000 Arbeitsplätzen im Gesamtkonzern.

Die konkreten Auswirkungen für HDW-Kiel: Der Handelsschiffneubau wird dichtgemacht, 2 100 Arbeitsplätze werden vernichtet.

Schon Anfang März wurde die Kieler HDW-Belegschaft durch Flugblätter des IGM-Vertrauensleutkörpers und der RGO-Betriebsgruppe über diesen erneuten Angriff auf die Arbeitsplätze informiert. Eine breite Öffentlichkeit wurde am 16. März hergestellt, als die Regionalpresse über die Ratsversammlung der Stadt Kiel berichtete. Am Vortag hatte die SPD-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag eingebracht mit dem Ziel, unverzüglich mit der Werftleitung, der Landesregierung und dem Bundesfinanzminister Stoltenberg Gespräche

über den Erhalt des Handelsschiffneubaus zu führen.

In der am Freitag, dem 16. März, stattfindenden Betriebsratsitzung wurde der Punkt „Unternehmenskonzept 84“ zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt, um zu klären, welche Haltung der Betriebsrat zu den Entlassungen einnehmen sollte. Von einigen IGM-Betriebsräten wurde selbstkritisch bemerkt, so ruhig wie beim Konzept 83 könne es diesmal nicht über die Bühne gehen. Die Belegschaft habe ein Recht zu erfahren, daß der Betriebsrat diesen erneuten Angriffen auf die Arbeitsplätze

nicht mehr tatenlos zusehe. Einmütig wurde die Herausgabe eines Flugblattes beschlossen und anschließend die Verteilung an die Belegschaft zu Feierabend organisiert. Alle 25 Betriebsratsmitglieder beteiligten sich an dieser Aktion!

In dem Flugblatt heißt es unter der Überschrift „Jetzt ist Schluss!“ unter anderem:

„Der Betriebsrat wird eine weitere Maßnahme zur Arbeitsplatzvernichtung nicht kampflos hinnehmen...“

Der Betriebsrat wird gemeinsam mit der Belegschaft alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Angriff auf unsere Existenz abzuwehren.“

Doch zu Feierabend verteilen die BR-Mitglieder nicht allein. Der Vorstand ließ durch den Werkschutz an den Toren ebenfalls ein Flugblatt verteilen! Aufgeschreckt durch die Presse-

berichte sah sich die Werftleitung gezwungen, ein Dementi zu verfassen: der Handelsschiffneubau werde nicht eingestellt, es werde keinen zusätzlichen wesentlichen Personalabbau geben. Am Schluß des Flugblattes ein Appell: „Der Vorstand bittet alle Mitarbeiter darum, sich von anderslautenden Pressemitteilungen nicht beunruhigen zu lassen, sondern dazu beizutragen, daß die HDW durch Sparsamkeit und hohe Produktivität auch langfristig stark bleibt.“

Ob das bei der Belegschaft irgendeine Wirkung gezeigt hat, ist nicht bekannt. Bekannt bei den Kolleginnen und Kollegen ist die Glaubwürdigkeit solcher Dementis. Morgen schon kann alles vom Vorstand bestätigt werden: Handelsschiffneubau dicht, 2 100 Entlassungen, wir wollten ja anders, aber der Salzgitterkonzern bzw. der Bund haben uns dazu gezwungen.

Es bleibt nur zu hoffen, daß die klassenkämpferischen Töne bei einigen IGM-Betriebsräten nicht nur aus wahltaktischen Gesichtspunkten gespußt wurden, sondern daß ebensolche Taten folgen werden.

Mannesmann / Duisburg

Eine korrekte Wahl?

Eine korrekte Wahl? — Diese Frage wird in einem Flugblatt der Gruppe „Konsequente Gewerkschafter“ bei Mannesmann aufgeworfen, nachdem die Persönlichkeitswahl bei Mannesmann im Arbeiterbereich nur die Kandidaten des sogenannten Stommel-Kassibers (benannt nach dem Betriebsratsvorsitzenden) in den Betriebsrat gebracht hat. Von dem Blockvorschlag „Konsequente Gewerkschafter“, der einen offensiven Wahlkampf gegen die Stommel-Gruppierung geführt hat, kam kein Kollege in den Betriebsrat.

Dieses Wahlergebnis ist tatsächlich überraschend. Auch unsere Parteizelle bei Mannesmann schätzte die Lage so ein, daß vor allem in den letzten 1 1/2 Jahren eine breite Stimmung auf der Hütte gegen Stommel und seine Gruppe entstanden war und dafür, neue Leute (Nicht-Stommel-Leute) in den Betriebsrat zu schicken. Dafür gab es handfeste Anlässe:

- Ständige Verschlechterung der Kurzarbeitsvereinbarungen, die früher einen 95prozentigen Lohnausgleich vorsahen und jetzt beim nackten Kurzarbeitergeld von 68 Prozent angelangt sind. Zudem wurden die Kurzarbeitsblöcke je nach momentanen Geschäftsinteressen der Werksleitung äußerst kurz-

fristig angesetzt.

- Angeblich wegen Arbeitsmangel wurden in bestimmten Werkteilen ganze Schichten aufgelöst, kurz danach kam es zur Neueinführung der Schichten oder zum Verfahren von Überstunden, weil angeblich plötzlich wieder Aufträge da waren. Die damit zusammenhängenden Umsetzungen der Kollegen wurden ebenfalls äußerst kurzfristig durchgeführt, die betroffenen Kollegen wurden sehr schlecht informiert.

- Sieben Tage Zwangsurlaub wurden eingeführt zusätzlich zu den ohnehin schon festliegenden Conturlaubsblöcken, was der Betriebsrat ganz einfach durch Ablehnung hätte verhin-

dern können.

- Gegenwärtig werden nach dem erzwungenen „freiwilligen“ Weggang von 900 türkischen Kollegen jede Menge Übersichten verfahren.

Im offiziellen Wahlergebnis kommt diese Stimmung breiter Teile der Belegschaft in keiner Weise zum Ausdruck. Deshalb werden erhebliche Zweifel an dem Wahlergebnis laut. Viele Kollegen wissen aus ihren Erfahrungsbereichen genau, daß ganze Abteilungen nach dem Kassiber der „konsequenten Gewerkschafter“ gewählt haben.

Die Gruppe „konsequente Gewerkschafter“ äußert in einem Flugblatt erhebliche Zweifel an der korrekten Durchführung der Wahl und nennt einige Tatsachen: „fliegende Urnen“ seien ohne ausreichende Versiegelung in den Keller des Betriebsratsbüros geschafft worden, gesetzliche Vorschriften über öffentliche Sitzungen zur Auszählung der Stimmen und zur Öffnung der Briefwahl seien sehr „eigenwillig“ ausgelegt worden, Kandidaten seien mit zeitweisen Hausverboten, Einschränkung der Vorstellungszeiten, Nichtbenachrichtigung

über Briefwahlbereiche und vieles andere mehr benachteiligt worden u. a.

Die Gruppe „konsequente Gewerkschafter“ hatte bereits vor Bekanntgabe des Wahlergebnisses angekündigt, daß sie die Wahl durch das Arbeitsgericht überprüfen lassen wolle. Bereits die letzte Vertreterwahl der IG Metall in Duisburg war von einer Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern angefochten worden.

Ob bei der Wahl geschoben wurde oder nicht: den „konsequenten Gewerkschaftern“ ist es gelungen, in breiteren Teilen der Belegschaft, insbesondere in den Stahlwerken, klarzumachen, daß sie eine eindeutige Alternative zur Stommel-Gruppe sind, was sich auch im offiziellen Wahlergebnis ausdrückt — leider nicht deutlich genug.

Realistischerweise muß man sagen: der Bekanntheitsgrad der Kandidaten der Stommel-Gruppe hätte ihnen auf jeden Fall eine überwältigende Mehrheit im Arbeiterbereich gebracht, auch wenn man die Vermutungen, daß rund 700 Stimmen geschoben wurden, als wahr unterstellt, hätte das „tatsächliche“ Wahlergebnis nur 3 bis höchstens 5 „konsequente Gewerkschafter“ in den Betriebsrat gebracht. Was diese Wahl bei Mannesmann eben auch bestätigt, ist die alte und leidige Erfahrung, daß die Persönlichkeitswahl die eingesessenen Betriebsräte mit hohem Bekanntheitsgrad begünstigt. Bestrebungen zur Veränderung der Verhältnisse im Betriebsrat sich bei Persönlichkeitswahl viel schwieriger verwirklichen lassen als bei Listenwahl.

Bremen

Arno Weinkauff amtiert weiter

Wie wir im „Roten Morgen“ berichtet haben, endete die Vertreterversammlung der Bremer IG Metall am 25. Februar mit einer Überraschung: Der bisherige Bevollmächtigte Arno Weinkauff wurde nach 16jähriger Amtszeit gestürzt. Der Betriebsratsvorsitzende der zum 1. Januar dieses Jahres geschlossenen AG Weser Werft, Hans Ziegenfuß, wurde mit 86 zu 81 Stimmen zum neuen Bevollmächtigten der Bremer IG Metall gewählt.

Arno Weinkauff aber amtiert weiter. Der Grund: der IGM-Vorstand hat Hans Ziegenfuß noch nicht, wie satzungsmäßig erforderlich, als neuen Bevollmächtigten in Bremen bestätigt. Offiziell hieß es, der Vorstand sei auf seiner letzten Sitzung nicht dazu gekommen, weil ja nicht nur in Bremen, sondern nahezu in allen Ortsverwaltungsstellen Bevollmächtigtenwahlen stattgefunden hätten. Die könnten in so kurzer Zeit gar nicht alle geprüft und auf einer Sitzung bestätigt werden.

Unmögliches verlangt ja niemand. Der Vorstand der IG Metall hätte sich keineswegs mit allen Bevollmächtigtenwahlen befassen müssen. In der großen Mehrheit der Verwaltungsstellen wurde der alte Bevollmächtigte wiedergewählt. Hier könnte sich der IGM-Vorstand getrost Monate mit der Bestäti-

gung Zeit lassen, ohne daß ein nennenswerter Schaden entstünde.

Anders verhält es sich in den Verwaltungsstellen, in denen der alte Bevollmächtigte abgewählt wurde. Hier führt die ausbleibende Bestätigung des neuen Bevollmächtigten durch den Vorstand dazu, daß der alte Bevollmächtigte entgegen der Wahlentscheidung der Vertreterversammlung weiter im Amt bleibt.

Die Zahl der Verwaltungsstellen, in denen der alte Bevollmächtigte durch eine Kampfabstimmung gestürzt wurde, dürfte nicht besonders hoch und für den IGM-Vorstand leicht übersehbar sein. Mit Sicherheit ist davon Bremen der brisanteste Fall. Schließlich hatte der Hamburger Bezirksleiter der IG Metall, Otto vom Steeg, sich nicht

nur vehement gegen die Wahl von Hans Ziegenfuß eingesetzt, sondern vor allem nach der Wahl angekündigt, Kollege Ziegenfuß werde nie vom IGM-Vorstand bestätigt, es werde einen Kampf bis aufs Messer geben. Nun ist auf der letzten Vorstandssitzung die Bestätigung von Hans Ziegenfuß tatsächlich ausgeblieben. Angeblich aus Zeitgründen. Man wird sehen.

Nachtrag zum 8. März

IGM-Vorstand feuert Karin Roth

Auf seiner letzten Sitzung hat der IGM-Vorstand die Mitarbeiterinnen in der Abteilung Frauen, Karin Roth, von ihrer Arbeit freigestellt und sie der „Personalabteilung zur Verfügung gestellt“. Gudrun Hamacher, das für Frauenarbeit zuständige Vorstandsmitglied, sprach von „atmosphärischen Störungen“ als Begründung für diesen Rausschmiß.

Tatsache ist: Karin Roth galt als treibende Kraft der Frauenarbeit der IG Metall. Auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall kandidierte sie für den Vorstand. Nur mit massiver Unterstützung des Vorstandes konnte sich Gudrun Hamacher

(bis dahin Sekretärin in der Verwaltungsstelle Dortmund) knapp mit 306 Stimmen gegen Karin Roth mit 279 Stimmen durchsetzen.

Karin Roth hat in ihrem Engagement für gewerkschaftliche Frauenarbeit Kritik an der offiziellen Politik der IG Metall, etwa in der Frage der Leichtlohngruppen, nicht ausgespart. Liegt hier möglicherweise der Grund für die „atmosphärischen Störungen“, die Gudrun Hamacher ausgemacht hat? Um in der Sprache des Wetterberichts zu bleiben: soll jetzt kalte Luft aus Frankfurt in die Frauenarbeit der IG Metall strömen?

Bayer / Leverkusen

Liste für durchschaubare Betriebsratsarbeit (I)

„Erst ganz zum Schluß interessiert uns, was irgendein Gewerkschaftstag sagt“, so warb 1975 eine Gruppe „Unabhängiger Angestellter“ um Stimm für die Betriebsratswahl. Ihr damaliger Spitzenkandidat Paul Laux ist heute Spitzenkandidat der IG Chemie und ist als außerordentlicher Angestellter als neuer Betriebsratsvorsitzender vorgesehen. Dagegen kandidieren bei Bayer „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“.

Was von Paul Laux zu erwarten ist, haben die letzten Jahre eindeutig gezeigt: kein Widerstand gegen die Arbeitsplatzvernichtung, kein Widerstand gegen den Sozialabbau. Auf der letzten Belegschaftsversammlung betonte Laux zum x-ten Mal sein gutes Einvernehmen mit der Geschäftsleitung. So ein gutes Einvernehmen kommt nicht von ungefähr.

In den letzten zwei Jahren wurden bei Bayer über 1 600 Arbeitsplätze vernichtet. Platzgründe verbieten es uns, eine vollständige Liste der von der Bayer-Geschäftsleitung durchgeführten Maßnahmen des betrieblichen Sozialabbaus abzuzeichnen: Sie umfaßt u.a. verschiedene Preiserhöhungen im Kantinenbereich, Schließung einer Kinderkrippe und Preiserhöhungen für Kindertagesstätten, Mieterhöhungen bei den Werkwohnungen, Streichung von Fahrgeldzuschüssen, Mieterhöhungen für Werkwohnungen und Wohnheime, Prämienkürzungen, erhebliche Kürzungen bei der Bayer-Altersversorgung.

Die „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ kommentieren das so:

„So steht es im Betriebsratsbericht vom März 1983: ‚Bei allem Verständnis, für die Aufgabe nicht mehr zeitgemäße Sozialleistungen sollte man aus Rücksicht auf das noch immer gute Betriebsklima in unserem Unternehmen diese Ziele nicht weiter verfolgen.‘

Davon, daß diese Maßnahmen schlicht unsinnig sind, kein Wort. Im Betriebsratsbericht vom September 1983 bekommen wir dann eine weitere Erklärung für die Notwendigkeit solcher Maßnahmen geliefert. Dort steht: ‚Aber ohne diese zunächst sicher unangenehmen Sparmaßnahmen, die

uns die drückende Kostenlast mindern helfen, wären wir jedoch um die Freisetzung von Arbeitskräften nicht herumgekommen.‘

Dies wurde geschrieben in einer Situation, wo zwischen 1981 und 1983 über 1000 Arbeitsplätze vernichtet wurden. Der Höhepunkt ist allerdings der Betriebsratsbericht vom Dezember 1983, dort steht: ‚Ich glaube hier sagen zu dürfen, nachdem uns die Zahlen der Bayer Ag für das 3/4 Jahr 83 vorliegen, daß wir auf das Erreichte zufrieden zurückblicken können. Haben wir doch ein Umsatzplus von 7,1 Prozent und eine Gewinnzunahme vor Steuern um 256 Millionen DM erreicht. Entscheidend aber ist, daß dieses Ergebnis mit ca. 1 500 weniger Mitarbeitern erzielt wurde und trotzdem eine bessere Produktionsauslastung erfolgte.‘

Es schlägt einem die Sprache, wenn man liest, was hier Vertreter der Belegschaftsinteressen zum Besten geben.

Nicht ein Arbeitsplatz ist durch den Sozialabbau gerettet worden! Wir sehen es umgekehrt: Seit es verstärkter Sozialabbau gibt, werden auch immer mehr Arbeitsplätze vernichtet!

Mit diesem Ergebnis steht die Mehrheit des Betriebsrats vor dem Scherbenhaufen ihrer Art von ‚Interessenvertretung‘. Wir meinen:

Aufgabe eines Betriebsrats, insbesondere eines gewerkschaftlichen Betriebsrats wäre es, die erreichten sozialen Errungenschaften zu verteidigen und alle seine Möglichkeiten dazu voll auszuschöpfen. Zum Beispiel:

- zur Abwehr von Essenspreiserhöhungen
- zur Sicherung der Altersversorgung usw. usw. usw.

Auch das Ausweichmanöver der Betriebsratsmehrheit, Preiserhöhungen nur zur ‚Kenntnis‘ zu

nehmen, heißt, sich nicht zu bemühen, sie zu verhindern.

Unsere Vorstellungen von einem gewerkschaftlichen Betriebsrat sind:

Er soll

- sich gegen jeden weiteren Sozialabbau wenden
- seine Rechte voll nutzen
- die Belegschaft frühzeitig informieren und in die Entscheidung mit einbeziehen
- die Belegschaft zum Widerstand gegen den Sozialabbau

Betriebsratswahlen bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter / Werk Peine

Leichte Verschiebungen

Die diesjährigen Betriebsratswahlen standen unter dem Vorzeichen der Kündigung von Michael Zimball und Rainer Hülzenbecher, zwei 1981 gewählten Betriebsräten.

Daneben war in diesem Jahr zu vermerken, daß es wieder Persönlichkeitswahl gab. Jürgen Eggers, der 1980 aus der IGM ausgeschlossen worden war — wegen Kandidatur für die Volksfront 1980 — war inzwischen wieder aufgenommen worden. Eine eigene Liste, wie damals, war hinfällig, weil er auf Platz 23 der IGM-Liste kandidierte. Michael kandidierte auf Platz 3 hinter dem bisherigen Betriebsratsvorsitzenden und seinem Stellvertreter.

Insgesamt 72 Kandidaten, Arbeiter und Angestellte, standen auf der Liste. 23 Betriebsräte waren von den knapp 3000 Arbeitern und gut 800 Angestellten zu wählen.

Zum Ergebnis ist festzustellen:

Der überwiegende Teil der alten Betriebsräte wurde wiedergewählt, wenn auch mit gewissen Verschiebungen in der Stimmenfolge.

Der bisherige BR-Vorsitzende erhielt mit 1341 von 2924 gültigen Stimmen die meisten Stimmen.

Erfreulich, daß gleich an

Daimler / Stuttgart

24,8 Prozent für Plakat-Gruppe

Bei den Betriebsratswahlen bei Daimler in Stuttgart erhielt die Plakat-Gruppe 24,8 Prozent. Die Liste der IG Metall erhielt 58 Prozent der Stimmen. Während die IGM-Liste also ungefähr ihr Ergebnis der letzten Betriebsratswahl wieder erreichte, verlor die Plakat-Gruppe rund 5 Prozent.

Es wäre sicher wünschenswert, wenn dieses Wahlergebnis gründlich in der Plakat-Gruppe diskutiert und analysiert würde. Gerade weil die Plakat-Gruppe nicht nur für die Daimler, sondern für die gewerkschaftsoppositionelle Bewegung eine wichtige Rolle gespielt hat. Immerhin liegt die Vermutung relativ nahe, daß beispielsweise die — gelinde gesagt — sehr verwirrenden Äußerungen von Willi Hoss zur 35-Stunden-Woche klassenkämpferische Gewerkschafter nicht gerade anziehen.

mobilisieren.“

Die Gruppe „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“, die bisher 4 von 49 Sitzen im Betriebsrat innehatte, hat für den Arbeiter- und Angestelltenbereich jeweils sieben Kandidaten aufgestellt.

Interessant ist die Haltung der DKP. In ihrer Betriebszeitung „Die Pille“ schreibt sie: „Der Forderung des Hauptvorstandes, einer gemeinsamen Kandidatur (auf einer Liste) den Vorrang zu geben, konnte nicht entsprochen werden. Zum einen treten die DAG und andere Ständesorganisationen als Gegner der IG Chemie zu den Betriebsratswahlen auf, zum anderen ist das Integrationsvermögen der derzeitigen Leitungsgremien der Leverkusener IG Chemie zwar ‚nach rechts‘ aus-

geprägt, ‚nach links‘ jedoch unterentwickelt.“

So wurden zum Beispiel die Betriebsräte der Liste „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ nicht auf der IG-Chemie-Liste eingegliedert; andere aktive und fortschrittliche Kollegen, die auch gegen eine sozialpartnerschaftlichen Kurs sind, wurden im Vorschlag der VKL weit nach hinten plazierte und zogen zum Teil ihre Kandidatur zurück.“

Trotz dieser Erkenntnisse ruft die DKP zur Wahl der IG-

Chemie-Mehrheitsliste auf, weil sie eine Beteiligung an oppositionellen Listen „prinzipiell“ ablehnt. Die DKP tritt also aus „prinzipiellen“ Gründen für die Wahl von Paul Laux zum Betriebsratsvorsitzenden ein — jenem Paul Laux, den die Beschlüsse von Gewerkschaftstagen nach eigenem Bekunden erst ganz zum Schluß interessieren. Ob sich so prinzipienlos die Integrationsfähigkeit der IG Chemie „nach links“ fördern läßt?

Hoechst AG / Frankfurt

Liste durchschaubare Betriebsratsarbeit (II)

Sei es in Rationalisierungsfragen, Fragen des betrieblichen Sozialabbaus oder der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen — die Betriebsratsmehrheit im Frankfurter Hauptwerk der Hoechst AG um Rolf Brand und Oswald Bommel hat in wesentlichen Punkten den Maßnahmen der Geschäftsleitung zugestimmt. Deshalb tritt auch bei dieser Wahl jeweils für den Arbeiter- und Angestelltenbereich eine Liste der Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit an.

Betriebsräte dieser Kollegen-Gruppe waren bereits seit der letzten Wahl als Minderheit im Hoechst-Betriebsrat vertreten. Sie waren in ihrer Arbeit erheblichen Repressalien seitens der Geschäftsleitung und der Betriebsratsmehrheit ausgesetzt: Alle ihre Bewegungen im Betrieb wurden ständig schärfstens kontrolliert, es gab Lohnabzug und Abmahnungen für die pflichtgemäße Ausübung der Betriebsratsaufgaben, die Vertreter der Betriebsratsmehrheit streuten schlimmste Diffamierungen aus, schließlich wurde sogar einem Betriebsrat der Gruppe gekündigt.

Dennoch können die Betriebsräte der Gruppe durchaus auf bestimmte kleinere Erfolge verweisen und vor allem für sich in Anspruch nehmen, durch

regelmäßige Flugblätter, die die Belegschaft über die Vorgänge im Betriebsrat informierten, die Geheimratspolitik von Brand und Bommel hin und wieder durchkreuzt, die enge vertrauensvolle Zusammenarbeit der Betriebsratsmehrheit mit der Geschäftsleitung erschwert zu haben.

Wie notwendig das ist, machen vielleicht folgende Zahlen deutlich: von den 20 freigestellten Betriebsräten bei Hoechst kandidierten 18 wieder auf vorderen Listenplätzen. Sie sind zusammen bereits 220 Jahre freigestellt.

Die Listen der „Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ weisen im Arbeiterbereich 10 und im Angestelltenbereich 11 Kandidatinnen und Kandidaten auf.

Aus einem Informationsblatt der „Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ bei Hoechst

Die 59er Regelung — oder die stille Arbeitsplatzvernichtung

Inzwischen sind es 15 Monate her, seit die sogenannte 59er-Regelung im Hoechster Werk praktiziert wird. Mit dieser Regelung wird den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit gegeben, mit 59 Jahren vorzeitig aus dem Arbeitsprozeß auszusteigen. Nach offizieller Version der Geschäftsleitung werden allerdings nur jene Kollegen von der Betriebsleitung darauf angesprochen, die in solchen Betriebsbereichen beschäftigt sind, deren „allgemeine wirtschaftliche Lage“ als „schwierig“ zu bezeichnen ist. Danach wurden bisher ca. 300 Kollegen von der Frühpensionierung betroffen.

Wir freuen uns mit jedem Kollegen, der durch eigenen Entschluß und auf freiwilliger Basis in den vorzeitigen und verdienten Ruhestand getreten ist. Unsere Bedenken aber, die wir vor über einem Jahr, also zu Beginn der 59er-Praxis, äußerten, haben sich inzwischen bestätigt. Neben den zum Teil erheblichen Rentenverlusten, hat sich diese Regelung zum stillen Arbeitsplatzvernichter entwickelt. Nur ein geringer Teil der Arbeitsplätze, die durch Frühpensionierung freigeworden sind, werden durch neu eingestellte Kollegen besetzt. Die meisten freigewordenen Arbeitsplätze werden aber vernichtet. Das jüngste Beispiel kommt aus dem Stickstoffbereich. Dort wurden 17 Kollegen

zur freiwilligen Pensionierung angeregt, während die freigewordenen Arbeitsplätze ersatzlos gestrichen wurden.

Diese Praxis zeigt nur allzu deutlich, daß durchgeführt wurde was sich offensichtlich die Geschäftsleitung von der 59er-Regelung versprochen hat: Nämlich Arbeitsplätze zu vernichten, aber nicht laut, sondern still und leise. Ob aber Arbeitsplätze laut oder leise abgebaut werden, das Ergebnis ist immer das gleiche: Arbeitsplätze verschwinden, die Arbeitslosenzahl steigt.

Von den Verantwortlichen werden solche Rationalisierungsmaßnahmen meist mit wohlgeformten Redewendungen umschrieben. Etwa so: „Die Schwierigkeiten im Bereich X und die sich daraus ergebenden personellen Maßnahmen werden durch Fluktuation und Frühpensionierungen behoben.“ In Wirklichkeit sind damit die Vernichtung von Arbeitsplätzen gemeint. Die Betriebsratsmehrheit läßt auch in dieser Frage der Geschäftsleitung freien Lauf. Bisher gibt es keine Betriebsvereinbarung, in der die Handhabung dieser Regelung festgelegt ist. Der Arbeitgeber führt die Frühpensionierung dort durch, wo er es wünscht und das gleiche gilt auch für die Neubesetzung der freigewordenen Arbeitsplätze. Aber in den meisten Fällen werden diese Arbeitsplätze nicht

mehr besetzt.

Das Hoechster Beispiel zeigt, wohin die allgemeine Diskussion um eine generelle Frühpensionierung bzw. Vorruhestandsregelung führt oder führen kann. Das Argument, daß durch die Möglichkeit einer generellen Frühpensionierung ein entscheidender Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan wird, fällt wie ein Kartenhaus zusammen, betrachtet man die gängige Praxis im Hoechster Werk. Arbeitsplatzvernichtung ist kein Mittel, um den erschreckend hohen Arbeitslosenzahlen zu begegnen. Zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit könnte die Hoechst AG wirkungsvoll beitragen, wenn sie die arbeitsplatzvernichtenden Rationalisierungsmaßnahmen bleiben ließe. Die Hoechst AG könnte auch ihren Widerstand gegen die 35-Stunden-Woche aufgeben.

Grundsätzlich begrüßen wir dennoch die Möglichkeit einer Frühpensionierung. Mit der Frühpensionierung muß aber verbunden sein:

1. Die betroffenen Kollegen dürfen keine erheblichen finanziellen Nachteile haben.

2. Jeder durch frühpensionierung freigewordene Arbeitsplatz muß durch einen neu eingestellten Kollegen besetzt werden. Wenn dies nicht möglich ist, müssen entsprechend neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Liste der RGO auf Union steht!

Diese Mitteilung machte der Wahlvorstand im Werk Union der Hoesch Hüttenwerke in Dortmund am Dienstag, dem 13.3.1984. Bei der anschließenden Auslosung erhielten die Kandidaten Hartmut Simon, Norbert Bömer und Klaus Guttek die Listennummer 2 — die IGM-Liste hat die Nr. 1

Damit stehen für die Kollegen bei Union nach 1978 (zwei Wahlen wegen Rücktritt der IGM-Betriebsräte bei der 1. Wahl) und 1981 in diesem Jahr zum vierten Mal klassenkämpferische Kollegen zur Wahl in den Betriebsrat. Alle Versuche der Ortsverwaltung, der Vertrauenskörperleitung und von Teilen des alten Betriebsrats zu verhindern, daß die notwendigen 100 Unterschriften zusammenkommen, waren vergeblich. Neben Hartmut und Norbert hatten eine ganze Reihe von aktiven RGO-Kollegen dazu beigetragen, daß die Liste jetzt steht; der Kollege Klaus ist seit Februar nach Hamm ver-

setzt. Ein erneutes Angebot, 14 Tage vor Listeneinreichungsschluß, der Kandidaten der Liste RGO an die IGM, doch noch zur Persönlichkeitswahl zu kommen, befand diese noch nicht einmal einer Antwort wert.

Erreicht die Liste bei der Anfang April stattfindenden Wahl ein gutes Ergebnis, sind auch die Aussichten für den Prozeß, den der Kollege Guttek gegen seine Versetzung nach Hamm führt, sicher besser. Die Güteverhandlung findet statt am 30.3.1984 um 12.30 Uhr vor dem Arbeitsgericht in Dortmund.

Peine-Salzgitter

Prozeß gegen Michael Zimball

Wie wir schon im „Roten Morgen“ Nr. 3 berichtet haben, versucht der Vorstand von Peine-Salzgitter — ganz im Zeichen der Bonner Wende —, gegen aktive Betriebsräte, die sich gegen die geplante Kahlschlag-sanierung in der Stahlindustrie und hier besonders gegen das Ausradieren des Standortes Peine wehren, mit allen Mitteln vorzugehen. Hier ein Bericht vom Stand des Verfahrens gegen den Betriebsrat Michael Zimball, dessen Amtsenthebung und Kündigung der P+S-Vorstand durchsetzen will.

Nachdem der Betriebsrat in Peine die vom Vorstand beantragte Kündigung ablehnte, ging der Vorstand vor das Arbeitsgericht. In einer ersten Prozeßrunde — hier sollte mit Hilfe einer einstweiligen Verfügung versucht werden, sofort Fakten zu schaffen, wurden die Anträge von P+S auf sofortige Amtsenthebung und sofortige Entfernung vom Arbeitsplatz vom Arbeitsgericht abgelehnt. Damit ist der Kollege Zimball weiter im Amt und an seinem Arbeitsplatz. Der erste Termin dazu — am 7.2.84 — platzte, weil die Ladungsfristen vom Arbeitsgericht nicht eingehalten worden waren, so wurde erst am 14.2. diese Entscheidung gefällt.

Doch schon 14 Tage später ging es weiter in die nächste Runde. Obwohl die Richter eigentlich vor April keinen Termin mehr frei hatte, wurde — offenbar auch im Interesse von P+S — ein früherer Termin angesetzt: der 28.2.84.

Da sich auch im Vortrag zu den konkreten Vorfällen, die P+S als Anlaß zur Kündigung genommen hat (angebliche Produktionsunterbrechung zum Zwecke der Mobilisierung zu einer IGM-Kundgebung während der Arbeitszeit) unterschiedliche Schilderungen ergaben, wurde nach schon einer Stunde Vertagung der Verhandlung zum Zwecke der Beweisaufnahme und Zeugenvernehmung beschlossen.

Dieser Termin fand dann am 13.3.1984 statt. Vorweg ist zu sagen, daß damit der Prozeß noch nicht zu Ende ist. Es waren

scherleitstand zum Zwecke der Information von Kollegen stattfand, oder, ob es eine „Besetzung zum Zwecke der Produktionsstörung“ war, wie P+S behauptet.

Wie anhand der bisherigen Zeugenaussagen schon deutlich wurde, weht ein neuer Wind in dem staatlichen Stahlkonzern, spätestens seit im Oktober 83 die Obergesellschaft den Gewinn- und Verlustübernahmevertrag einseitig gekündigt hatte, um an die Reserven der Stahlwerke zu gelangen.

Noch im September 83 — also einen Monat vorher — hatte eine Stahlarbeiterdemonstration stattgefunden, zu der von der IGM über die örtlichen Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen bis hin zu den Betriebsleitungen im Werk Peine alle aufgerufen hatten teilzunehmen — auch damals während der Arbeitszeit.

Bei der Demonstration im Januar 84 — Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen — war es ganz anders — insbesondere im Werk selbst. Obwohl einige Tage vorher speziell für das Stahlwerk von Michael Zimball als Betriebsrat mit der zuständigen Betriebsleitung die Demonstration besprochen worden war und zugesagt wurde, es würde kein Druck auf die Kollegen ausgeübt, die zur Demonstration gehen wollten, liefen am Tage der Kundgebung Gerüchte durch den Betrieb, wer nicht dabei bleibe, würde gekündigt, das wäre Arbeitsverweigerung usw. Einer der Zeugen der Unternehmensleitung, Dipl. Ing. Magerkord, drückte die Einstellung

aus, sich nicht mehr klar, was er machen sollte. Diskutiert wurde auf dem Leitstand, daß eigentlich kein Roheisen mehr ans Stahlwerk gehen dürfe, damit die Kollegen sich frei und ohne den Druck einer noch zur Verarbeitung anstehenden Pfanne entscheiden könnten, ob sie zur Demonstration gehen wollten. So war es eigentlich mit der Betriebsleitung vereinbart.

Ein Assistent der Betriebsleitung, angesprochen vom Mischermann, war nach seinen Aussagen gehindert, Roheisen umzufüllen. Wie sich aber aus anderen Aussagen ergab, konnte er den betreffenden Hebel frei umlegen. Er informierte seinen nächsten Vorgesetzten — eben jenen Herrn Magerkord. Der ruft den Leiter der Arbeitswirtschaft, einen ehemaligen Betriebsrat, und seine Assistenten zusammen. Mit sieben Leuten marschiert man dann auf den Leitstand, der, da relativ klein, jetzt tatsächlich besetzt ist.

Hier entspann sich eine weitere Diskussion zwischen den Kollegen und den Herren der Betriebsleitung, was denn „frei entscheiden“ konkret heiße. Während im ersten Termin — und auch in den Verhandlungen zur einstweiligen Verfügung — immer noch die Rede davon war, daß der schon erwähnte Hebel zur Ausleerung des Roheisenmischers blockiert gewesen sei, mußten inzwischen die Zeugen von P+S zugeben, daß er frei zu bewegen war. Die neue Version, um ihre „Besetzertheorie“ zu stützen, ist jetzt, sie hätten keine Sicht aus den Fenstern des Leitstandes gehabt.

Zum Abschluß des Berichts über die bisherige Zeugenvernehmung sei noch folgendes erwähnt, was den Verdacht einer gezielten Provokation gegen Michael und Rainer erhärtet:

Der schon genannte Assistent der Betriebsleitung, Santeimann, nach Zwischenruf eines der 40 Prozeßbesucher als „Schweinstreiber“ im Stahl-

Kleine Chronologie zur 35-Stunden-Woche (VI)

Der Zeitraum, den die sechste Folge unserer Chronologie abhandelt (diesmal etwas länger, da aus redaktionellen Gründen um eine Woche verschoben), könnte später einmal als einer der wichtigsten im Gesamtlauf hervortreten. Nicht nur, weil mit Ende der Friedenspflicht erste Warnstreikaktionen organisiert wurden. Sondern auch, weil in diesen Tagen erstmals sehr deutlich und öffentlich, vor allem von der Führung der IG Metall, aber auch in verschiedenen Betrieben der Autoindustrie, sogenannte „Kompromißlinien“ aufgezeigt wurden, die wenig mit dem Kampfziel zu tun haben, um es zurückhaltend zu sagen.

25. Februar

• Der Präsident des Metallarbeitgeberverbandes NRW Kirchner betont in Zeitungsinterviews, daß er auf Signale warte, die deutlich machten, daß es nicht zu einem Arbeitskampf kommen wird...

Für die IGM in NRW kündigt Verhandlungsführer Bräuer die Organisation von Aktionen ab 28. Februar an.

27. Februar

• In Klee wird bekanntgegeben, daß die Wolff Metallbau mit ihrem Betriebsrat (IG Chemie!) einen Haustarif über die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich abgeschlossen hat — das werde man über die Rationalisierung wieder hereinbekommen, unterstreicht der Firmenchef, näheres dazu wurde nicht gesagt.

• In einer Pressemitteilung unterstreicht der Arbeitskreis für Schwerbehindertenfragen der IGM im Bezirk Frankfurt die Notwendigkeit, gerade in diesem Bereich für die 35 Stunden einzutreten, da die Zahl arbeitsloser Schwerbehinderter überdurchschnittlich angestiegen sei.

Norbert Blüm „warnt“ erneut vor einem Streik für die 35-Stunden-Woche, da dieser den angeblichen Aufschwung gefährden würde.

28. Februar

• In einem Interview mit der „Westfälischen Rundschau“ macht die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies recht undeutliche Angaben darüber, wie auf das Scheitern der Verhandlungen über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung bezüglich des Kampfes um Wochenarbeitsverkürzung reagiert wird.

29. Februar

• Die IGM in NRW unterstreicht erneut ihre Absicht, Aktionen zu organisieren. Dabei begründet sie aber die Tragbarkeit der 35-Stunden-Woche für die Unternehmer des langen und breiten — dann müßten „nur“ 10000 Arbeitsplätze bei Stahl vernichtet werden, und außerdem würde, bei einem „Produktivitätsfortschritt“ (?) von 10 Prozent und Preiserhöhungen trotz der Erfüllung der Forderung schwarze Zahlen geschrieben werden können.

• Die IG Bergbau betont, sie werde in diesem Jahr eine reine Lohnrunde führen — vielleicht nach dem Motto, wir haben ja schon Kurzarbeit auf Jahre, was soll's?

• Wie am Vortag kommt es

auch heute zur Protestdemonstrationen in Begleitung von Tarifgesprächen der vierten Runde.

1. März

Kohl spricht auf der Feier der Einweihung des modernisierten Motoradwerkes von BMW in Westberlin, wobei er erneut erzählt, daß die 35-Stunden-Woche die „Erholung der Wirtschaft störe“. Auch Gegen-demonstranten waren da, wurden in der Presse aber weitaus weniger zur Kenntnis genommen.

2. März

• In NRW findet die vierte Verhandlungsrunde statt, ohne Ergebnis.

• Der IGM-Vorstand betont ausdrücklich, daß er die Betriebsratswahlen auch als einen Test für diesen Kampf betrachte.

• Die beabsichtigte Streiktaktik des IGM-Vorstandes wird erstmals öffentlich erörtert. Demnach soll in zwei der drei Bezirke NRW, Baden-Württemberg oder Hessen in größerem Umfang gestreikt werden, anderswo zunächst auf Solidaritätsaktionen orientiert.

• Am selben Tag gibt es die Nachricht, daß die Autozulieferer seit Wochen ihre Lager auffüllen.

4. März

• Am Sonntag wird vorab der Inhalt eines „Spiegel“-Interviews mit Franz Steinkühler bekannt, das am nächsten Tag veröffentlicht wird — große Aufmerksamkeit allüberall, denn was er da von sich gab, war tatsächlich geeignet, einen Weg zu finden, der dem Kapital nicht weh tut und der IGM-Führung zumindest die Chance läßt „das Gesicht zu wahren“. Das Tabu der 40 Stunden müsse fallen, mehr sagt er nicht, aber dafür wird Samstagsarbeit in die Debatte geworfen. Ähnlich seltsame Überlegungen werden in diesen Tagen aus der Automobilindustrie bekannt, wo offensichtlich BMW den Vordenker macht, während von Betriebsräten bei AUDI/Heilbronn und Daimler/Sindelfingen ebenfalls entsprechende Papiere veröffentlicht werden, die sich allesamt gegen einen 7-Stunden-Tag richten.

• Der Hamburger SPD-Landesparteitag weigerte sich mit einer Stimme Mehrheit, die Forderung nach vollem Lohnausgleich zu unterstützen.

5. März

Die vierte Verhandlungsrunde ist in allen abgeschlossenen Tarifbezirken ohne jedes Ergebnis. Die IG Metall kündigt nun einen konkreten Warnstreikplan an.

6. März

Der Kapitalistenverband Metall erklärt seine Absicht, gegen eventuelle Warnstreiks gerichtlich vorzugehen. Von bisher 13 Arbeitsgerichtsursurteilen hatten acht Warnstreiks für legal, fünf für unzulässig erklärt — da wollen die Kapitalisten offensichtlich schon für die Zukunft powern.

7. März

Aus mehreren Klein- und Mittelbetrieben vermelden die Unternehmen Belegschaftsabstimmungen, die mit Hilfe von Betriebsräten organisiert worden seien, in denen sich riesige Mehrheiten gegen die gewerkschaftliche Forderung ausgesprochen haben sollen. Die IGM weist darauf, daß es sich dabei keineswegs um freie Abstimmungen gehandelt habe.

8. März

Am internationalen Frauentag demonstrieren Gewerkschaftsfrauen in zahlreichen Städten für ihre Forderung, wobei die nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich immer wieder im Mittelpunkt der verschiedensten Aktionen steht.

9. März

Kapitalisten und Regierung eröffnen erneut ein regelrechtes Trommelfeuer gegen die gewerkschaftlichen Aktionen, die Presse nimmt dies die ganze Woche über, insbesondere als Echo auf die Ausfälle Lambsdorffs und Strauß' auf der Handwerkermesse, breit auf.

10. März

Zum Wochenende verstärkt die Regierung erneut ihre Kampagne, mit der sie die gewerkschaftliche Front aufspalten will. Nachdem die sogenannte Vorruhestandsregelung nochmals geschönt worden ist und nun — um nach breiter Kritik, auch in den eigenen Politischen Reihen, doch ab „58“ gelten soll, verspricht man sich ein Einsinken der betreffenden Gewerkschaftsvorstände, die gegen die „35“ sind. Dabei kommt es aber auch in diesen Gewerkschaften zunehmend zu Bekundungen eines anderen Mitgliederwillens. SO drückt beispielsweise die Jugend der IG Bau Steine Erden ihre Meinung für die 35-Stunden-Woche deutlich aus.

12. März

Die ersten Warnstreiks in Gelsenkirchen und Reutlingen mobilisieren rund 5000 Metallarbeiter — ungefähr das, was von der IGM erwartet wurde — für die langandauernde Kapitalistenpropaganda natürlich ein Schlag.

13. März

Die letzten Verhandlungen der vierten Runde, die über diese Woche verteilt laufen, sind allesamt von größeren gewerkschaftlichen Aktivitäten begleitet. An diesem Tag im Großraum Stuttgart.

14. März

In der „aktuellen Stunde“ des Bundestages machen die Regierungsparteien nochmals ihre schroff ablehnende Haltung deutlich. Die SPD bezeichnet die Regierung als „Kampfrupp der Arbeitgeber“ und fordert sie auf — eine neutrale Haltung einzunehmen, um schlichten zu können.

15. März

Die Warnstreiks der IG Metall werden zum Ende der vierten Runde — nur noch ein Gespräch am Freitag steht aus — in verschiedenen Dortmunder Metallbetrieben fortgesetzt, die Stahlbetriebe bleiben außen vor.



Nicht zum ersten Mal müssen sich die Arbeiter des Stahlstandortes Peine gegen Kahlschlagpläne wehren. Unser Bild zeigt eine frühere Demonstration von 3000 Stahlwerkern.

sieben Zeugen von der Unternehmenseite benannt worden, vier von Michael Zimball, der von der IGM Rechtsschutz erhält. Die insgesamt elf Zeugen wurden bisher nur z. T. vernommen. Für die Fortsetzung der Zeugenvernehmung — mehr als die Hälfte wird noch gehört werden — ist der 15.5. angesetzt.

Kernpunkt der Auseinandersetzung ist die Frage, ob der Aufenthalt von Michael und Rainer, dies war der zweite beteiligte Betriebsrat, der sich inzwischen in den Konzen hat versetzen lassen, auf einem Mi-

der Betriebsleitung sehr plastisch aus: „Leistungsbereitschaft zeigen — statt Demonstrieren!“ Nach diesem Motto verfuhr er dann auch als Betriebschef für das Stahlwerk. Wie im einzelnen, wird an folgender Schilderung deutlich:

Etwa gegen 7.45 Uhr waren die beiden Betriebsräte und mehrere andere Kollegen — darunter der Mischermann — auf dem Roheisenmischerleitstand. Dort wurde über die Drohungen und darüber, was dagegen zu tun sei, diskutiert. Der Mischermann verließ den Leitstand. Er war, wie er vor Gericht

werk bekannt — hatte zu dem ihn begleitenden Assistenten als Michael Zimball auf seinem Informationsrecht bestand, gesagt: „Hast Du gehört, das wollte ich nur hören!“ Der Auftritt, der sich abgespielt hat, war also offensichtlich geplant.

Nach wie vor ist unsere Aufforderung aus den vorhergehenden Roten Morgen gültig: Michael Zimball braucht breite Solidarität, damit dieser Angriff auf Gewerkschafts- und Betriebsratsrecht zurückgewiesen werden kann: Solidaritätsadressen an: Michael Zimball, Orleansstr. 53, 3200 Hildesheim.

Stadt Harzburg verbietet Treffen der Waffen-SS

Zumindest vorerst verboten ist ein geplantes Treffen von Angehörigen der ehemaligen „Leibstandarte Adolf Hitler“ im Mai in Bad Harzburg durch den dortigen Stadtdirektor. Das Treffen, zu dem 800 Teilnehmer erwartet wurden, was als „Tagung von Wirtschaftsfachleuten“ im Kurhaus von Bad Harzburg angemeldet worden. Der Pächter des Kurhauses hatte gegen diese Veranstaltung nichts einzuwenden gehabt, obwohl er von Anfang an wußte, wer sich dort treffen wollte.

Kindergärten

Im Kreis Soltau/Fallingb. gibt es ein „Familienhilfswerk Fallingb.“, das mehrere Kindergärten und Kinderspielflächen betreibt.

Eltern eines Stadtteils von Fallingb. fanden jetzt heraus, daß der Vorsitzende dieses Familienhilfswerks, ein gewisser Guido Lauenstein, zugleich Vorsitzender eines Vereins ist, der für Rassentrennung kämpft, weil sonst ein „Verlust der schöpferischen Ursprungskraft unserer Art“ zu befürchten sei. Das Vereinsorgan ist die „Nordische Zeitung — Die Stimme des Artglaubens“. Eine Mitgliederversammlung dieses Vereins hatte z. B. das Thema: „Artgemäße Kindererziehung“.

Die Landesregierung Niedersachsen zu den Protesten der Eltern in Fallingb.: Es lägen zwar schon seit Anfang der 70er Jahre Erkenntnisse über Aktivitäten des Vereins vor. Man sähe aber keinen Anlaß einzuschreiten, weil nicht bekannt sei, daß Lauenstein „seine Auffassung über Kindererziehung in die Kindergartenarbeit eingebracht habe“!!!

Schützenhilfe für Nazi Kühnen

Im Dezember letzten Jahres verbot Innenminister Zimmermann die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA). Ihr Chef, der Neonazi Michael Kühnen, kann allerdings weiter auf Schutz und Unterstützung durch Polizei und Behörden hoffen. Hier nur zwei Fälle, die in der letzten Zeit bekannt wurden:

In Bremen trieb sich Kühnen, bewaffnet mit einer Schreckschußpistole, bei der Kundgebung zum Internationalen Frauentag herum. Als er erkannt wurde, suchte er bei der Polizei Schutz und bekam ihn auch — zunächst im Polizeiauto und später auf dem Revier. Daß der Neonazi sich mit einer Pistole bewaffnet auf der Frauenkundgebung herumtrieb, fand die Polizei offenbar normal.

In Speyer konnte Kühnen an einem bundesweiten Treffen der Neonazi-Organisation HNG (Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige) teilnehmen, die nach dem rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzbericht „eine der aktivsten und führenden neonazistischen Organisationen ist. Innenminister Kurt Böckmann ließ sich versprechen, daß nur HNG-Mitglieder an der Versammlung teilnehmen würden und sah damit die Gefahr gebannt, daß Kühnen die Versammlung im Sinne seiner verbotenen Organisation umfunktionieren könne...

Antifaschisten gegen NPD-Parteitag in Stade

Am kommenden Wochenende will die NPD in der Nähe von Stade ihren Landesparteitag abhalten. Für Samstag haben die Neonazis einen öffentlichen Aufmarsch in Stade geplant. Antifaschisten aus Niedersachsen, Hamburg und Bremen machen dagegen mobil. Eine Aktionseinheit, der auch die KPD und die Volksfront angehören, ruft alle Antifaschisten zu folgenden Aktivitäten auf:

Samstag, 24. 3. 84 — ab 9.00 Uhr Info-Stände in der Innenstadt

10.30 Uhr Kundgebung am Pferdemarkt in Stade

11.00 Uhr Demonstration zur Schützenhalle

UM 15.00 Uhr findet dann noch ein „Deutsch-ausländisches antifaschistisches Fest“ im Jugendzentrum Schlachthof statt.

Die Volksfront in Niedersachsen, Hamburg und Bremen führt anläßlich des geplanten NPD-Parteitags in Stade eine Kampagne gegen die NPD und andere faschistische Organisationen durch, die von der KPD und dem BWK unterstützt wird. Im Mittelpunkt der Kampagne steht die Forderung nach dem Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen.

Volksfront Seminar zum Thema 35-Stunden-Woche und Aussperrung Achtung: Terminänderung!

Hannover, Samstag, 24. März, 17.00 Uhr im Freizeithaus Lister Turm, Waldersee-Str. 100

Jeder Interessierte ist herzlich eingeladen!

Bundeskabinett beschließt Weiterhin kurzer Prozeß für Asylbewerber

Im Juni 1982 ließ amnesty international folgende Todesanzeige verbreiten: „Nach langer Krankheit verstarb gerade 33jährig am vergangenen Freitag, dem 25. 6. 82, nicht ganz unerwartet im Deutschen Bundestag in Bonn unser ehemals liberales Grundrecht auf Asyl eines gewaltsamen Todes. Verantwortlich sind Politiker aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Gleichzeitig erlitt unser Rechtsstaat schweren Schaden. Nur ein einziger Abgeordneter erhob die Hand zur Verteidigung des Grundrechts. Es trauern die Betroffenen, politisch Verfolgte aus aller Welt...“

Was da 1982 im Bundestag mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung verabschiedet wurde, war das Gesetz zur Abkürzung des Asylverfahrens. Die entscheidende Änderung gegenüber dem bis dahin geltenden Asylrecht: das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge kann nun mit seinen 13 Außenstellen selbstherrlich darüber entscheiden,

ob ein Asylantrag „offensichtlich unbegründet“ ist. Dafür braucht es den Asylbewerber noch nicht einmal anzuhören. Hat das Bundesamt einen Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt, wird er abgeschoben. Gegen diese Entscheidung ist kein Widerspruch zulässig. Der Ausländer kann zwar klagen, seine Klage hat aber keine aufschiebende Wirkung. Um nicht postwendend ab-

Aktivtreffen zur Friedensarbeit

Am 24. 3. 84, 11.00 Uhr findet in Münster ein Aktivtreffen zur Friedensarbeit statt. Auf dem Programm: Vorbereitung der Aktionskonferenz der Friedensbewegung im Mai, Ostermärsche, Beteiligung an einem Anti-Nato-Komitee u. a. M. Jeder Interessierte ist herzlich willkommen. Anmeldungen bei der Volksfrontgeschäftsstelle in Aachen. Dort ist auch der Ort für das Treffen zu erfahren.

Treffen der Division Totenkopf in Oberaula Protestiert gegen das SS-Treffen!



„Mit Empörung erfahren wir nun, daß ehemalige Angehörige der Totenkopf-Division der SS ein Treffen für Ende März in Oberaula (Hessen) organisiert haben. Diese ehemaligen SS-Verbrecher tragen jeweils ihre im nazistischen Mord- und Raubfeldzug erworbenen Auszeichnungen und erheben bei ihren Zusammenkünften den rechten Arm zum Hitlergruß. Trotz zahlreicher Proteste von ehemaligen Widerstandskämpfern, Gewerkschaftern und Nazigegegnern wiederholen sich derartige Treffen unter dem Schutz der zuständigen Polizei“ — so heißt es in einem Appell des „Bundes politisch, rassistisch, religiös Verfolgter e.V.“ an den Präsidenten des Europa-Parlaments in Straßburg. Gefordert wird ein Beschluß des EG-Parlaments, solche Alt-Nazi-Treffen zu verbieten.

Das SS-Treffen, von dem hier die Rede ist, ist eines von 15, die allein in diesem Jahr in der Bundesrepublik stattfinden sollen. Die Nazis der Totenkopf-Division werden sich im hessischen Oberaula treffen, obwohl nicht nur Gewerkschafter und Demokraten aus der Bundesrepublik, nicht nur hundert von Menschen aus dem Ausland, sondern sogar das niederländische Parlament dagegen protestiert hat und ein Verbot des Treffens forderte.

Angeblieh kann man nichts tun. Denn die CDU-Mehrheit des Gemeindeparlaments von Oberaula hat sich für das Treffen ausgesprochen und so sind — angeblich — allen, vom SPD-Bürgermeister von Oberaula angefangen bis zu Außenminister Genscher in Bonn, an den das Protestschreiben der Niederländer gerichtet war, die Hände gebunden. Angeblich.

Denn tatsächlich hätten Staat und Regierung nicht nur das gesetzliche Recht, sondern sogar die gesetzliche Pflicht, gegen solche SS-Treffen vorzugehen. Denn nach dem Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates, das laut Artikel 139 des Grundgesetzes auch heute gilt, ist die Bildung von Nachfolgeorganisationen der SS verboten. Aber was schert das eine Regierung, die aus Parteien gebildet wird, die Mitglieder in ihren Reihen dulden, die selbst engsten Kontakt zu diesem faschistischen Verein haben?

Zum Beispiel die FDP. Denn einer der Nazis, die dieses Treffen am 31. 3./1. 4. in Oberaula vorbereiten, ist ein gewisser Kurt Meyer. Der ehemalige Obersturmbannführer ist heute Schnapshändler in Mülheim. 1976 wurde er aus der FDP ausgeschlossen und gründete die „Nationalliberale Aktion“.

Heute ist er wieder Mitglied der FDP — und eben zweiter Vorsitzender der SS-Kameradschaft.

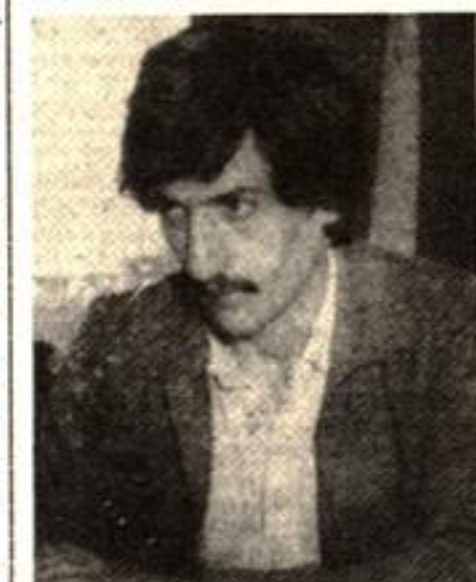
Zum Beispiel die CDU. Vorsitzender der CDU in Oberaula (und übrigens auch Kirchenpatron) ist ein gewisser Hans-Eppo Freiherr von Dürnberg. Er hat sich in diesem Jahr nicht nur zum dritten Mal erfolgreich dafür eingesetzt, daß die SSler sich in Oberaula treffen können. Er hat es sich im letzten Jahr auch nicht nehmen lassen, die Herren persönlich zu begrüßen. „Mit zu Herzen gehenden Worten“, wie der „Freiwillige“, das Organ der Truppenkameradschaft anschließend berichtete.

Auch im Jahr zuvor, bei ihrem ersten Treffen in Oberaula, hatten die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS im übrigen prominente Gäste. 1982 waren es die Fürstin zu Waldeck und ihre Tochter, Prinzessin Ingrid, die sich die Ehre gaben...

Die 3. Totenkopf Division der ehemaligen Waffen-SS trifft sich deshalb seit 1982 in Oberaula — übrigens unter dem Tarnnamen „Urlaubsgemeinschaft Ilmensee“ — weil in Arolsen, wo sie sich vorher getroffen hatte, die Protestwelle zuletzt zu hoch geschlagen waren. Sorgen wir dafür, daß das Pflaster den Alt-Nazis auch in Oberaula zu heiß wird. Unterstützt die Proteste gegen das Totenkopf-Treffen in Oberaula!

1984 solle es wieder abgeschafft werden.

Davon will man jetzt in Bonn nichts mehr wissen. Das Bundeskabinett hat jetzt beschlossen, dem Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem dieses Gesetz auch weiterhin gelten soll. Angeblich, weil die Flut der Asylbewerber weiterhin steigt. Angeblich, weil die Behörden diese ansteigende Flut der Asylbewerber nur bewältigen können, wenn sie mit einem Teil der Asylbewerber „kurzen Prozeß“ machen.



Aber das Argument mit den steigenden Asylbewerberzahlen sticht nicht. Damals nicht, als das Gesetz beschlossen wurde und heute erst recht nicht. Denn seit 1980, wo die Zahl der Ausländer, die in der Bundesrepublik Asyl suchten, knapp über 100.000 betrug, ist sie kontinuierlich niedriger geworden. 1983 waren es nur noch knapp 20.000 Menschen, die in der BRD um Asyl baten. Eine Entwicklung,

die sicher nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß viele politische Flüchtlinge aus dem Ausland es inzwischen auf Grund der berühmten Bonner Abschiebepolitik — zu Recht — für lebensgefährlich halten, in der BRD um Asyl zu bitten.

5.290 von ca. 20.000 Anträgen auf Asyl wurden 1983 vom Bundesamt für die Anerkennung von ausländischen Flüchtlingen als „offensichtlich unbegründet“ abgewiesen. Wenn man bedenkt, daß 4.561 Asylanträge von Menschen aus den Ländern Osteuropas gestellt und mit Sicherheit nicht als „offensichtlich unbegründet“ abgewiesen wurden, so ergibt sich, daß 1983 ganze 10.000 Asylbewerber aus der Türkei, aus Afrika, aus den Diktaturen Lateinamerikas usw. vom Bundesamt für ein normales Prüfungsverfahren zugelassen wurden. Jeder dritte Antrag von Menschen aus diesen Ländern wurde als „offensichtlich unbegründet“ abgewiesen.

Was das bedeutet, ist klar. Angesichts dieser Verhältnisse kann man von einem Recht auf Asyl in der Bundesrepublik praktisch nicht mehr sprechen. Die Todesanzeige von amnesty international, die manchem 1982 vielleicht als übertrieben erschien, hat sich auf makabre Weise bewahrheitet.

Deshalb darf das Gesetz aus dem Jahre 1982 nicht verlängert werden. Es muß weg. Die KPD fordert ein uneingeschränktes Asylrecht für alle politischen Flüchtlinge in der BRD!

In mehr als 60 Städten war im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche irgend-
etwas los. Hier kann nicht über alle Städte berichtet werden, (wir haben auch noch gar keine Berichte aus allen diesen Städten). Was wir, so kurz nach dem Ende der Aktionswoche, hier bringen können, sind einige Einzelberichte, die Eindrücke und örtliche oder auch allgemeinere Wertungen vermitteln. Wir bitten auf jeden Fall alle Leser unserer Zeitung, auch nach Erscheinen dieses RM noch über Aktivitäten und Zukunftsplanungen an ihren Orten zu berichten, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Stuttgart

Der Abschlußtag der Aktionswoche begann in Stuttgart mit einem Kulturprogramm von 10 bis 11 Uhr. Anschließend, rund 2000 Menschen (etwa zur Hälfte Deutsche) hatten sich inzwischen eingefunden, begann die Demonstration. Auf der Schlußkundgebung beleuchteten deutsche und ausländische Redner verschiedene Aspekte der Ausländerfeindlichkeit und des Widerstandes dagegen. Auch von der Lage der Frauen in der Türkei und vom Hungerstreik der politischen Gefangenen wurde berichtet.

Eine Woche zuvor hatte die Aktionswoche mit einem Informationsstand in der Königsstraße begonnen. Sicher trug vor allem das Kulturprogramm dazu bei, daß sich dort ca. 100 Leute versammelten.

Am Sonntag gab es unter anderem eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Asyl, bei der zwei Rechtsanwälte aus Stuttgart, zwei Palästinenser aus dem Stuttgarter Asylanterlager und ein Vertreter des Europäischen Komitees der Arbeitsimmigranten und Flüchtlinge (CEDRI) sprachen.

Am Mittwoch wurde vor den Ausländerbehörden Informationsmaterial über Aufenthaltsberechtigung usw. verteilt, am Nachmittag wurde eine Pressekonferenz durchgeführt.

Am Donnerstag gab es eine Filmveranstaltung für Frauen. Und eine Veranstaltung der Volksfront unter dem Motto

Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit



„Arbeitsplätze statt Ausländerhetze — 35-Stunden-Woche“. Ein aktiver Gewerkschafter und ein in der Ausländerarbeit sehr engagierter Volksfrontler berichteten. An die 80 Leute besuchten diese Veranstaltung.

Am Freitag fand dann eine Kulturveranstaltung mit Folklore, afrikanischer Musik und türkischen Tänzen statt.

Westberlin

2500 bis 3000 Menschen nahmen in Westberlin an der Demonstration des 17. März teil. Nach Abschluß der Demonstration und der Verabschiedung einer Resolution gegen ausländerfeindliche Politik begab sich eine Delegation zum Grabe Kemal Altuns und legte dort Blumen nieder. Mehr als 30 Organisationen hatten zu der Demonstration aufgerufen, von den DGB-Gewerkschaften engagierten sich vor allem die GEW und die IG Metall. Dennoch, so meinten die Berliner Genossen, hätte gerade aus diesen Kreisen die Beteiligung an der Demonstration selbst gerne größer sein können.

Köln

Auch die Kölner bezifferten die Teilnehmerzahl „ihrer“ Demonstration mit etwa 2000. Stark vertreten waren türkische und kurdische Mitbürger und ihre Organisationen, besonders die DİF. Der Genosse, mit dem wir von der Redaktion aus sprachen, bemängelte bezüglich des Auftretens der KPD — die hier natürlich ebenso wie in Stuttgart, Berlin, Hamburg usw. auch vertreten war —, die Partei sei „zu schwach in Erscheinung getreten“. „Das ist besonders schade, wo wir doch auf diesem Gebiet eine konkrete aktive Arbeit leisten.“ Die KPD rief mit einem Flugblatt auch zu einer Veranstaltung auf, die am Freitag, 23. März, um 19.30 Uhr in der Severinstorburg stattfindet.

Hamburg

Mit Rücksicht auf den Ferienbeginn am 12. März hatten die Hamburger ihre Aktionswoche vom 5. bis zum 11. 3. angesetzt. In Hamburg gibt es ein recht breites Aktionsbündnis, und während der gesamten Woche liefen an den einzelnen Tagen oft verschiedene Sachen ab, viele kleine Veranstaltungen. Deutlich wurde in Hamburg die Widersprüchlichkeit der Organisationen in der Ausländerarbeit zur regierenden SPD — die SPD-Senatspolitiker haben hinsichtlich Abschiebepolitik usw. selbst reichlich Dreck am Stecken. Und wenn auch politische Erfolge erzielt werden konnten — wie die Durchsetzung der Aufenthaltsberechtigung für Karam Kella, der schon lange hier lebt und trotzdem diese Berechtigung nicht bekommen sollte — weigert sich die Hamburger SPD weiterhin zuzugehen, daß in der Ausländerpolitik eine grundsätzliche Änderung notwendig ist.

Die Themen der Veranstaltungen reichten vom Asyl über die Beratung für Ausländer, wie sie die Aufenthaltsberechtigung erhalten können, und den gemeinsamen Kampf Deutscher und Ausländer für die 35-Stunden-Woche bis zur „Rückkehrförderung“-Politik von Bundesregierung und Unternehmen.

Auch in Hamburg war ein verstärkter Kontakt zu Gewerkschaftsgruppen, Betriebsräten, gewerkschaftlichen Ausländer-

ausschüssen zu verzeichnen. Die Gewerkschaften hatten nicht offiziell zu der Aktionswoche aufgerufen, waren aber teilweise durchaus beteiligt. Gerade hier gilt es, die Kontakte weiter auszubauen, zur aktiven Zusammenarbeit zu kommen.

Dortmund

Am Dienstag in der Aktionswoche fand eine Veranstaltung zur Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer statt, zu der Vertreter verschiedener in Dortmund aktiver Parteien eingeladen worden waren. Die CDU kam nicht offiziell, ihre anwesenden Vertreter behaupteten frech, sie seien gar nicht richtig eingeladen worden, und verließen bald den Saal. Die SPD NRW sagte ab mit der Begründung, daß auch Kommunisten auf dem Podium saßen (!), die FPD, die halbwegs zugesagt hatte, kam einfach so nicht. Dennoch gab es mit Vertretern der Grünen, der DKP und der KPD sowie anschließend im Saal eine ganz gute Diskussion.

Am 17. 3. fuhren die meisten Dortmunder, die konnten, nach Köln. Die örtliche Volksfront-Gruppe informierte in der Innenstadt über die Ausländerpolitik und trat für das kommunale Wahlrecht für Ausländer ein. Für diese Forderung wurde bereits an einem von Angehörigen verschiedener Organisationen und Nationalitäten ausgerichteten Informationsstand am 10. 3. innerhalb von zwei Stunden über 100 Unterschriften auf der Straße gesammelt (keine einfache Sache).

Herford

In Herford fand anläßlich der Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit die erste Veranstaltung der KPD am Ort statt. Zusammen mit einigen Teilnehmern der Veranstaltung wurde beschlossen, während der Aktionswoche in der Herforder Innenstadt zwei Stände zu machen und gemeinsam zur Demonstration nach Köln zu fahren. An den Ständen wurden Unterschriften unter den Frankfurter Appell gesammelt und mit einer Ausstellung auf das Thema Folter in türkischen Gefängnissen/Asylrecht in der BRD aufmerksam gemacht. Beim ersten Stand wurde sogar Kulturelles geboten — eine befreundete kurdische Tanzgruppe bot Folklore und erregte damit in Herford großes Aufsehen.

Impulse

Mehrere tausend Menschen beteiligten sich vom 10. bis zum 17. März an den verschiedenen Veranstaltungen, Demonstrationen und anderen Aktionen, die in mehr als 60 Städten im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin im Rahmen der Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit stattfanden.

Etwa 6000 bis 7000 Gegner der Bonner Ausländerpolitik und der Ausländerfeindlichkeit kamen zu den Demonstrationen in Köln, Stuttgart und Westberlin, mit denen die Aktionswoche ihren Abschluß fand.

Bestimmt wurde die Woche durch die vielfältigen kleineren Aktivitäten und Veranstaltungen, die jeweils ein geringeres Publikum erreichten, in ihrer Gesamtheit aber die Entwicklung eines Widerstandes gegen Ausländerfeindlichkeit allgemein und ausländerfeindliche Politik im besonderen widerspiegeln und dieser Entwicklung auch dienen.

Wenn insgesamt festgestellt werden muß, daß sich hier noch keine breite Bewegung, keine wirkliche Volksbewegung darstellte, die man angesichts der besonderen Bedeutung dieses Gebietes antifaschistisch-demokratischen Kampfes sicher wünschen muß, so sollte doch jetzt keine Enttäuschung um sich greifen, wie sie hier und da laut wurde. Von wirklichen Massenaufmärschen konnte man nur träumen. Es bestätigte sich die Erfahrung aller, die aktiv in der „Ausländerarbeit“ stecken: Hier ist ein steiniger Boden zu beackern, und wenn man sich die schnelle Entwicklung der Bonner Politik vor Augen führt, wenn man den Einstieg in die Vertreibung miterlebt, der derzeit mit Hilfe der „Rückkehrprämien“ vor allem für Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei begonnen hat, kann man über das eigene Entwicklungstempo kaum begeistert sein.

Dennoch geht es weder um vordergründige Trostorte noch um ein verbissenes aber eigentlich grundlagenloses „Nu“ aber ran“ — es entwickelt sich tatsächlich etwas, und das wurde auch in der Aktionswoche deutlich. Neue Kontakte wurden geknüpft, wichtig vor allem da, wo sie in gewerkschaftliche Kreise hineingehen. Nicht zu vergessen: Das Stattdenken der Woche selbst ist schon etwas Neues und ein Politikum, was ja auch in den Reaktionen bürgerlicher Medien aller Bereiche (Presse, Funk, Fernsehen) niederschlug. Die Woche hat unserem so notwendigen und unverzichtbaren Kampf genutzt, hat einer Bewegung, die wirklich immer noch am Anfang steht, auch neue Impulse gegeben.



In Aachen gab es unter anderem am 17. März einen Informationsstand der Volksfront, an dem viele Menschen zusammenkamen. Als Anziehungspunkt wirkte eine mit viel Sorgfalt zusammengestellte Ausstellung auf 18 Plakatafeln. Eindrücke von dieser gelungenen Aktion vermitteln diese Bilder.



Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief

Politisch!

Betr.: Leserbrief „Moralisch?“ (RM 11/84)

Einige Anmerkungen zum Leserbrief und einige zusätzliche Überlegungen zur Forderung „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“

Worum ging es im RM 8/84?

Es ging nicht darum, noch einen RM-Artikel zum Thema: „Wie ordnet sich der Kampf ums kommunale Wahlrecht für Ausländer im Kampf gegen die politische Reaktion ein“ oder so ähnlich zu schreiben.

Es ging darum, wie es auch aus dem Vorspann hervorgeht, zum einen ein Beispiel zu geben, wie die Sache an einem Ort angepackt worden ist, und das deshalb relativ ausführlich, damit man sich da hineinendenken und eventuell Vergleiche zur Situation am eigenen Ort ziehen kann, und zum anderen darum, die KPD-Genossen dazu zu bringen, sich stärker als bisher praktisch dafür zu engagieren, mobilisierend, organisierend tätig zu werden.

Daß die KPD den Kampf um bestimmte Rechte der Ausländer, ja: um die vollständige Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern nicht einfach vom moralischen Standpunkt aus führt, daß wir wissen, daß der Kampf gegen die Spaltung im ureigenen Interesse der deutschen Arbeiter liegt, ist sicher für keinen Leser des „Roten Morgen“ ein Geheimnis. Im übrigen ist auch der Bericht aus Dortmund meines Erachtens keineswegs nur moralisch. Er versucht auch ungefähr widerzugeben, was gemeinsamer Nenner bei den hier engagierten Initiativen ist, und ich glaube nicht, daß die Genossin N. — die in dem betreffenden Absatz ihrer Kritik diesen Bericht zitiert — dies berechtigterweise auf einen anderen Nenner bringen könnte.

Der Kommentar ist nicht darauf angelegt, die KPD-Genossen zu bauchtätscheln. Im Gegenteil, und ich denke, daß das auch deutlich wird, wenn man ihn durchliest. Es konnte aber doch nicht um einen allgemeinen Rundschlag gehen, sondern schon darum, von den gegebenen Tatsachen auszugehen. Man liegt falsch, wenn man meint, schon genügend getan zu haben, sich selbst ein populäres „kritisches Image“ zu geben, und die KPD „ins richtige Licht“ zu stellen, wenn man bloß sagt: „Gebt nicht so an, was macht ihr denn schon?“. Man kann und sollte deutlich aufzeigen, wo wir etwas falsch machen und vernachlässigen. Nach Möglichkeit dann aber doch wohl dazu beitragen, etwas daran zu ändern. Dazu ist der Beitrag der Genossin N. wenig dienlich. Der einzigen Empfehlung — die die KH Nr. 8 zu lesen — will ich wahrhaftig nicht widersprechen, aber weitergekommen ist man damit auch noch nicht.

Um auf dem Teppich, also bei den Tatsachen zu bleiben, muß man feststellen:

In ganz NRW läuft in Sachen Aktionen für das Kommunalwahlrecht für Ausländer leider noch nicht viel. Es tut doch den vielen im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit engagierten Menschen nicht weh, festzustellen: Wo etwas läuft, ist die KPD tatsächlich dabei, und das trotz ihrer „Kleinheit“ stärker als die anderen Parteien, ein Zustand, den ich absolut nicht als Ideal betrachte. (Ich wäre froh, wenn beispielsweise die SPD ihre z. T. schönen Programme auch einlöste. Ich weiß, daß wir allein das nicht durchsetzen können. usw. usf.)

Unser Einsatz reicht eben dennoch, trotz der obigen Zustandsbeschreibung, nicht. Es zeigt sich hier, meine ich, ein Problem der Parteiarbeit, das allgemeinerer Natur ist. Wir haben inzwischen viele gute, wissenschaftlich fundierte, richtige Aktions- und Forderungsprogramme erstellt. Aber „wir fangen zu wenig damit an“. Wir verpassen auch noch oft Zeitpunkte, an denen wir eigentlich etwas damit anfangen müßten. So auch hier. Nicht umsonst der Hinweis, daß das Thema bei uns schon lange in der Diskussion ist. Aber kann davon die Rede sein, daß, sobald es „an sich“ für notwendig und politisch sinnvoll erachtet wurde, eine Kampagne zum kommunalen Wahlrecht zu machen und auch in etwa klar war, wen es

anzusprechen galt, wie man andere Kräfte dafür gewinnt (und auch ein wenig in der Richtung getan wurde) — daß da die Partei in den Bezirken NRWs mobilisiert worden wäre? Nein. Sogar läuft ja normalerweise auch nicht einfach über den „Roten Morgen“. Nur jetzt mußte es einfach gesagt werden, so gesagt werden, daß alle Genossen in kürzester Zeit darüber diskutieren und entsprechende Maßnahmen ergreifen können.

Zum Beispiel wäre es nicht unbedingt nötig gewesen, daß vor dem Entstehen einer gewissen überhörbaren Bewegung für diese Forderung der Einwand der Politiker (die diese Forderung von sich aus offensichtlich nicht erfüllen wollen) gebracht werden kann — und gebracht wurde, z. B. in Köln —, die Fristen zur Änderung der Landeswahlordnung für die Kommunalwahlen '84 seien bereits verstrichen. (Übrigens: 1985 sind in NRW Landtagswahlen).

Es wäre dabei grundfalsch, ausgehend davon jetzt zu sagen: Naja, in diesem Jahr wird's eh nix mehr, richten wir uns auf eine langfristige Arbeit an diesem Projekt ein — und lassen wir uns Zeit damit, es überhaupt anzugehen ... Es muß unbedingt darum gehen, die Vor- und Haupt-Wahlkampfzeit mit der gegebenen erhöhten politischen Aufmerksamkeit, Empfänglichkeit der Medien usw. zu nutzen, um dieses Thema in die öffentliche Diskussion zu bringen und zum Zusammenschluß der Kräfte beizutragen, die angesichts der Regierungsvorhaben, wie wir sagen: „Wir wollen gegen diese Politik nicht nur defensiv Stellung nehmen, wir sagen auch: Mehr Rechte müssen her für unsere ausländischen Kollegen und Mitbürger“. Auch wenn man meint, diesmal kann das gar nichts werden, ist zu berücksichtigen: Es wird auch, zum Beispiel stimmungsmäßig, für die Zeit nach den Wahlen von Bedeutung sein, ob wir dieses Vorhaben bis zum September geschafft haben oder nicht. Wenn wir das nicht schaffen, was meint ihr, was für eine zähe Angelegenheit das dann hinterher wird.

Ansonsten will ich hier nicht unnötig Aussagen des Kommentars oder des Berichtes wiederholen.

Noch etwas anderes: Es gab in Dortmund die Meinung, der Artikel könne dazu beitragen, in die Gewichtung der Aufgabenstellung durch die Partei Verwirrung zu bringen. Das wichtigste sei schließlich der Einsatz für die 35-Stunden-Woche. Ich weiß nicht, wie das anderswo angekommen ist. Bisher habe ich noch nicht gehört, daß jemand dies wirklich so mißverstanden und dementsprechend gehandelt hat. Aber natürlich stimmt der Hinweis auf die 35-Stunden-Wochen-Kampagne. Nur: Wir würden uns einiges vergeben, wenn wir uns in NRW nicht um die Kommunalwahlfrage kümmern würden. Und es wäre ein unnötiges politisches Versäumnis. Es gibt ein paar Sachen, die kann man ohne allzu kräfteraubenden Einsatz machen: Dafür sorgen, daß alle Genossen und ihr „Umfeld“ die Listen unterschreiben. Mithelfen beim Ansprechen der örtlichen Initiativen, beim Vorbereiten örtlicher Versammlungen — Projekte, für die sich die Volksfront in Zusammenarbeit mit dem VIA stark engagieren will — usw. Einige Tipps dazu sollte der „Rote Morgen“ Nr. 8 ja geben. Soll am Ort mehr laufen, braucht es dazu auch mehr Einsatz, aber es ist doch kaum denkbar, daß irgendwelche objektiven Ursachen einen stärkeren Einsatz als bisher verhindern, auch der Kampf um die 35-Stunden-Woche nicht.

Ich bin ganz froh, erfahren zu haben, daß in Dortmund Genossen, die als engagierte Betriebsarbeiter nicht Gefahr laufen, die 35-Stunden-Woche irgendwie hintenanzustellen, den Kommentar so aufgefaßt haben, wie er gemeint war. (Es wäre auch fatal, ausgerechnet in den Dortmunder Stahl- und Bergbaubetrieben das Thema Ausländerpolitik nicht offensiv anzugehen, wo doch dort die Vertreibung beginnt und massiv auf Spaltung der Belegschaften gesetzt wird.) Ich hoffe deshalb, daß auch bei richtiger Gewichtung der Aufgaben, die vor uns stehen, der praktische Beitrag unserer Genossen zu einer Bewegung für das kommunale Wahlrecht

für Ausländer tatsächlich stärker und/oder effektiver wird.

Dietrich Lohse, Dortmund

P.S.: (Nachdem ich aus der Redaktionsarbeit ins „normale“ Berufsleben zurückgekehrt bin, darf ich ja Leserbriefe schreiben ...)

Berichtigung

Liebe Genossen, Im Artikel „Wie streiche ich den Etat zusammen“ (RM Nr. 10/84), habt ihr was falsch wiedergegeben. Die Dienstanweisung zum Einstellungsstopp kam am 1.11.83 und die Auszubildenden in der Krankenpflege stürmten um 11 Uhr den Senat. Bitte verbessert das, alles Gute

G. aus Bremen

Gedanken

Einige Gedanken zur RGO-Diskussion in der Partei in den letzten beiden Jahren:

Vor einigen Jahren kam ein Produkt auf den Markt. Es fand am Anfang einen ganz guten Absatz, was weniger der — viel zu lauten — Werbekampagne zu verdanken war, als der Tatsache, daß es für dieses Produkt durchaus ein Bedürfnis gab. Nach einiger Zeit stellte sich allerdings heraus, daß dieses Ding ziemlich schlecht funktionierte und beileibe nicht hielt, was von ihm versprochen worden war.

Die Reaktion der Käufer war unterschiedlich: Eine Reihe von Leuten — wer will es ihnen verdenken — warf das Gerät enttäuscht weg. Andere gab es, die hielten das für unüberlegt. Sie sagten: Nicht das Gerät ist schlecht, sondern die Erwartung, daß es funktioniert, ist falsch. Denn das, was in der Werbung versprochen wurde, kann bei den heutigen Standards noch gar nicht verwirklicht werden. Wir müssen uns vorderhand damit abfinden, ein Gerät zu haben, das nur sehr eingeschränkt funktionsfähig ist. Das ist aber kein Grund, es wegzurufen. Wir sollten stolz darauf sein, daß wir wenigstens das besitzen. Diese Gruppe gab sich viel Mühe, die Erfolge des Geräts, die man angesichts seiner Unzulänglichkeiten tatsächlich leicht übersehen konnte, ins rechte Licht zu rücken.

Schließlich gab es noch andere, die — auf Dauer jedenfalls — keinen Geschmack daran fanden, ihre Wünsche zu kastroieren, um das Produkt loben zu können. Das, was versprochen wurde, sagten sie, ist nötig. Wir brauchen es. Also laßt uns die Fehler suchen in dem Gerät und das Ding umbauen, damit wir dahin kommen, das Bedürfnis, das wir und andere heute haben, auch heute befriedigen zu können. Aber diese Absicht stieß auf großes Mißtrauen bei denen, die die Sache verteidigten. Sie befürchteten, daß das Gerät beim Umbau völlig verändert, wenn nicht gar endgültig kaputtgemacht werden könnte. Deshalb prüften die Verteidiger kaum die Änderungsvorschläge der Umbauer, sondern ausschließlich ihren guten Willen.

Ich denke, sie haben Unrecht. Sicher können Änderungen des Geräts falsch sein und Schaden anrichten. Aber für mich haben die Umbauer weniger mit dem Wegwerfen gemeinsam als die Verteidiger. Denn nichts, absolut nichts ist schädlicher, als sich auf die eine oder die andere Weise mit der Unmöglichkeit des Notwendigen abzufinden. Das ist für Leute, die für das Notwendige leben, gemeinhin tödlich.

A.S., Witten

Zur Europawahl

Genossen! Ich halte eure Haltung für unlogisch. Ihr beurteilt einen Wahlboykott der Europawahl als sektierisch und wollt quasi die Sache so offenhalten, daß gegen die rechten Parteien Stellung bezogen wird.

Nun laßt sich das Europaparlament keinesfalls mit nationalen

Parlamentswahlen gleichsetzen. Denn die letzteren werden von den Menschen als tatsächliche Machtorgane empfunden. Die Teilnahme der Kommunisten an solchen Wahlen ist davon geprägt, diese als Schwatzbuden und Erfüllungorgane von Kapitalinteressen zu entlarven, indem die Forderung der Arbeiterklasse dort auf den Tisch gebracht, bzw. in den Wahlkampf als Prüfsteine formuliert werden.

Das Europaparlament allerdings ist offensichtlich eine Schwatzbude. Unser Ziel kann es wohl nicht sein, dies zu ändern und uns daran zu beteiligen, die Europaidee à la SPD oder Grüne zu stärken. Im Gegenteil sind wir doch gegen die EG, das Europa der Monopole usw.

Es sei denn, wir kommen zu der Auffassung, die Europaidee hat so viel politische Sprengkraft gegenüber der Bourgeoisie, daß wir eine solche Bewegung vorantreiben müßten.

Das ist, glaube ich, nicht der Fall. Also müssen wir gegen diese Sache auftreten und unsere Haltung „Auflösung der EG“ begründen. Das allerdings ist recht schwierig, denn unsere Wirtschaft ist dermaßen abhängig vom gemeinsamen Markt, daß wir schon sagen müssen, wie ein solcher Schritt praktisch durchgeführt werden kann.

In der Bauernfrage, bei den Stahlarbeitern, ist es inzwischen gut möglich aufzuzeigen, wie die EG zur Ruinierung beiträgt. Dennoch kommen wir nicht drumherum, aufzuzeigen, wie die volkswirtschaftlichen Weichen nach unserer Auffassung gestellt werden müssen, um die Forderung „BRD raus aus der EG“ zu begründen. Das ist der Kern der Europadiskussion, den wir wirklich anpacken müssen. Denn in der Autoindustrie würde es heißen: Wohin verkaufen wir denn dann unsere Wagen, wenn England, Frankreich usw. ihre Grenzen abschotten, was logisch wäre, um deren eigene Autoindustrie zu erhalten.

Die Frage, ob wir mit einem Wahlboykott Sektierer wären oder nicht, ist dagegen doch oberflächlich und wird dann jeweils aus tagespolitischen Taktierereien neu aufgezogen. Ob wir uns so verhalten oder so, ist eine langfristige Frage, der Masse der Leute aber zur Zeit schnurzur.

M.M., Wolfsburg

Anmerkung der Redaktion

Nur ganz kurz zwei Punkte, die sicher keine Diskussion ersetzen können.

Einmal ist es natürlich so, daß der betreffende Artikel im „Roten Morgen“ keine grundlegende Einschätzung der EG an sich darstellen sollte, worauf einige der aufgeworfenen Fragen abzielen. Dies ist oft an anderer Stelle geschehen.

Zum zweiten: Die Aussage „kein Boykott“ richtet sich nicht dagegen, daß solche Menschen, die diese EG als reaktionären Klumpatsch erkennen haben, nicht zur Wahl gehen. Im Gegenteil. Aber es handelt sich um etwas anderes, nämlich darum, ob zu dieser Wahl die Kommunisten eine Boykott-Kampagne organisieren sollen oder nicht, und da ist die Aussage des Artikels, daß dies eben nicht sinnvoll und nützlich wäre.

„Aktiv“

Ich möchte Euch hier ein Exemplar des Unternehmerverbandes Druck schicken. Das ganze nennt sich „aktiv“, ähnelt in seiner Aufmachung der „Bild“-Zeitung. Mich würde interessieren, ob es dieses Blatt auch von anderen Unternehmerverbänden gibt. „aktiv“ gibt es seit ungefähr einem halben Jahr. (Also seit das Thema 35-Stunden-Woche immer aktueller wurde). Für die Aufklärung ihrer Arbeiter scheint den Kapitalisten nichts „teuer“ genug zu sein, wie das Beispiel beweist. Auf Anfrage (während einer Betriebsversammlung) an die Geschäftsleitung, woher die Adressen der einzelnen Belegschaftsmitglieder stammen (Datenschutz) herrschte tiefes Schweigen. Was wiederum beweist, daß die Kapitalisten wirklich sehr „aktiv“ sind.

R., Berlin

Spendenliste

In der letzten Woche sind folgende Spenden bei uns eingegangen:

Spenden für die Partei	
J. H., Darmstadt	50,—
M. K., Kamen	300,—
insgesamt	350,—

Damit sind in diesem Jahr 7746,50 DM an Spenden bei uns eingegangen.

Spenden für den „Roten Morgen“	
P. R., Kiel	61,—
K. K., Selm	60,—
insgesamt	121,—

Damit sind in diesem Jahr bisher 1905,95 DM an Spenden bei uns eingegangen.

Spenden für den „Roten Rebellen“	
P. B., Köln	37,—

Damit sind in diesem Jahr bisher 1955,— DM an Spenden für den „Roten Rebellen“ bei uns eingegangen.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten“, unter denen Genossen, Freunde und Kollegen auferufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat“ vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. ... Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich 60 DM ☐ halbjährlich 30 DM

Name Vorname ... Straße ... PLZ/Ort ...

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Arbeiterpolitik in Betrieb und Gewerkschaft

- unterstützt
- dokumentiert
- analysiert und kritisiert

ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30



Der Milliarden-Coup mit den Daimler-Aktien

Die Tricks der Flicks

Auf das über Jahrzehnte hinweg ungetrübte und innige Verhältnis zwischen der Familie Flick und diesem unserem Staat ist in jüngster Zeit ein Schatten gefallen. Nachdem die wohl reichste Familie der BRD lange Zeit hindurch mit bis zu neunstelligen Steuergeschenken bei Laune gehalten wurde, soll sie nun einen Teil dieser Geschenke in die Staatskasse zurückbringen. Es handelt sich dabei immerhin um die stolze Summe von 450 Millionen Mark.

Im folgenden Artikel soll nicht noch einmal die gesamte Geschichte der Flick-Lambsdorff-Affäre aufgeblättert werden, (der RM hat sich ausführlich damit beschäftigt). Wir wollen hier vielmehr die Hintergründe jener jetzt widerrufenen 450-Millionen-Steuerbefreiung ausleuchten und bei dieser Gelegenheit einige der (zumeist durchaus legalen) Tricks darstellen, mit denen die Flicks ihr rasch anwachsendes Vermögen an der Steuer vorbeischleusen. Im wesentlichen wird dabei die Geschichte des Flickschen Aktienpakets an der Daimler Benz AG zu erzählen sein.

Beginnen wir also mit der „Stunde null“, dem Jahr der Niederlage des deutschen Faschismus. Für die Mehrzahl der Werktätigen war das wirklich ein schmerzlicher Neuanfang in dem Sinne, daß sie durch den faschistischen Krieg einen Großteil ihrer Habe, oft auch Wohnung und Arbeitsplatz verloren hatten. Was an Ersparnissen noch geblieben war, wurde im westlichen Teil Deutschlands durch die Währungsreform enteignet. Friedrich Flick dagegen, NS-Wirtschaftsführer und Mitglied im „Freundeskreis des Reichsführers SS“, dem eigentlichen Führungsstab der faschistischen Diktatur, hatte sich auf diese „Stunde null“ gut vorbereitet. Als sich im Weltkrieg die Niederlage Hitler-Deutschlands abzeichnen begann, übertrug er den größten Teil seines umfangreichen Besitzes zu je 45 Prozent auf seine beiden Söhne Otto Ernst und Friedrich Karl.

Insoweit diese Maßnahmen Schutzfunktionen gegen eine mögliche Enteignung des Hauptkriegsverbrechers F. Flick nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes erfüllen sollten, erwiesen sie sich als unnötig. Die unmittelbar vor Kriegsende vorgenommenen Veränderungen in der Besitzstruktur des Flick-Konzerns — ebenso wie die in den sechziger Jahren vollzogene Übertragung der Besitztitel auf drei Stiftungen — hatten jedoch auch noch einen anderen Effekt: Mit diesen Manipulationen ließen sich beim Generationswechsel innerhalb der Flick-Familie die fälligen Erbschaftssteuern umgehen.

Von einer Enteignung der Flicks war also in den Westzonen im Nachkriegsdeutschland nicht die Rede. Die westlichen Alliierten begnügten sich damit, Friedrich Flick — einen der Hauptprofiteure des faschistischen Terrorregimes — als Kriegsverbrecher zu lediglich sieben Jahren Gefängnis zu verurteilen, von denen er dann nur drei Jahre in komfortabler Haft absitzen mußte. Der einzige Eingriff der Besatzungsmächte in den Konzern selbst bestand in einer Entflechtungsverfügung nach dem Alliierten Gesetz Nr. 27, die Flick den Verkauf eines großen Teils seines Montanbesitzes zur Auflage machte. Und gerade diese Verfügung sollte sich in der Folgezeit als wahrer Segen für die weitere Vermehrung des Flickschen

Reichtums erweisen.

Mitte der fünfziger Jahre wechselte die Harpener Bergbau AG aus dem Flick-Konzern zur französischen Gruppe Sidechar; die Essener Bergbauwerke gingen an Mannesmann. Mit den Erlösen aus diesen und einigen kleineren Verkäufen verfügte Flick nun über flüssige Mittel von fast einer Viertel Milliarde Mark. Wie und wo diese Mittel profitabel anzulegen wären, darüber hatte Friedrich Flick schon sehr präzise Vorstellungen. Er hatte seine Haftzeit unter anderem dazu benutzt, intensiv die entwickelten amerikanischen Märkte zu studieren und daraus Schlußfolgerungen bezüglich der künftigen Veränderungen auf dem westdeutschen Markt abzuleiten.

Kampf um Daimler

So konnte es für Flick Senior auch keinen Zweifel daran geben, daß sich ähnlich wie in den USA auch in der Bundesrepublik die Autoindustrie zu einer besonders profitversprechenden Anlagensphäre für Kapital entwickeln würde. Abgesehen von den beiden US-Unternehmen Ford und Opel gab es damals zwei große (Daimler, VW) und zwei kleinere (BMW, Auto Union) Konzerne in der Automobilindustrie. Flick versuchte zunächst den Einstieg beim größten Unternehmen, dem VW-Konzern. Die von ihm zu diesem Zweck betriebene Privatisierung der Volkswagenwerke scheiterte jedoch am — wesentlich durch außenpolitische Rücksichten begründeten — Widerstand der Adenauer-Regierung. blieb als zweitgrößtes Unternehmen die Daimler Benz AG. Dieser Konzern wurde zu Beginn der fünfziger Jahre maßgeblich von der Deutschen Bank beherrscht, die 15 Prozent der Aktien hielt und mit H. J. Abs auch den Aufsichtsratsvorsitzenden stellte. Der zweite Großaktionär bei Daimler war mit zehn Prozent die Quandt-Gruppe.

Wann genau Flick den Kampf um die Kontrolle über Daimler aufnahm, ist unbekannt. Jedenfalls ließ er zu Beginn der fünfziger Jahre, wo immer sich eine Gelegenheit dazu ergab, heimlich Aktien des Stuttgarter Konzerns aufkaufen. Und offensichtlich dauerte es recht lange, bis die Deutsche Bank die Flickschen Absichten durchschaute und ihrerseits versuchte, durch Aktienkäufe ihre Position bei Daimler weiter auszubauen. Aber da war der Zeitpunkt, Flick aus einer beherrschenden Stellung zu verdrängen, schon verpaßt. Auf der Aktionärs-Hauptversammlung am 18. Juli 1955 stellte sich heraus, daß Flick bereits über eine Schachtelbeteiligung bei Daimler von mindestens 25 Prozent verfügte.

Um seine Beteiligung noch weiter auszubauen, wählte Flick nun statt des Frontalangriffs einen schlaue berechneten Umweg.

Er brachte die Auto-Union unter seine Kontrolle und setzte 1958 deren Fusion mit Daimler durch. Ergebnis: Flick besaß jetzt knapp 40 Prozent des Daimler-Kapitals. (Die Auto Union wurde sechs Jahre später an VW weiterverkauft.)

In der Folgezeit entwickelte sich die Daimler Benz AG zu einer der profitabelsten Unternehmungen des westdeutschen Finanzkapitals und insbesondere für den Flick-Clan zu einer wahren Goldgrube. Wie es die Flicks verstanden, aus einem mit relativ geringen Mitteln erworbenen Aktienpaket schließlich einen Gewinn von weit mehr als zwei Milliarden Mark herauszuschlagen, soll im folgenden näher erläutert werden.

2,4 Milliarden Profit

Nach der Währungsreform war das Grundkapital der Daimler Benz AG von 120 Millionen Reichsmark auf 72 Millionen DM zusammengelegt worden. Diese extrem niedrige Kapitalausstattung hatte es Flick ermöglicht, ohne großen finanziellen Aufwand beträchtliche Anteile aufzukaufen. Der Kurs



der Daimler-Aktien lag zu Beginn der fünfziger Jahre bei nur 130 Prozent. Für eine Aktie im Nennwert von 100 Mark mußten also 130 Mark gezahlt werden. Nur wenige Jahre später, auf dem Höhepunkt der Daimler-Spekulation 1960, war der Kurs auf sagenhafte 6325(!) Prozent hochgeschossen; das heißt, eine Aktie, die Flick noch für 130 Mark erworben hatte, wurde nun zum Tageswert von 6325 Mark gehandelt.

Solange Flick „nur“ ein Viertel der Daimler-Aktien besaß, verhinderte er erfolgreich jede Kapitalerhöhung bei Daimler, um nicht die anderen Aktionäre vorzeitig in den Genuß der riesigen Überschüsse kommen zu lassen. 1957 beispielsweise war so der versteuerte Reingewinn des Konzerns mit 80 Millionen Mark höher als das gesamte Firmenkapital. Erst nach der erwähnten Fusion mit der Auto Union und der damit verbundenen Erhöhung seiner Beteiligung auf 40 Prozent stimmte Flick der längst fälligen Kapitalerhöhung zu. 1963 wurde das Grundkapital der Daimler Benz AG um 135,3 Millionen Mark aufgestockt. Die Hälfte dieser Kapitalerhöhung wurde aus den Reserven finanziert; die andere Hälfte brachten die Aktionäre auf, indem sie entsprechend ihrem Anteil neue Aktien zum Nennwert dazukaufen.

Für Flick sah das so aus: Er kassierte den Löwenanteil an den neuen Aktien mit einem

Nennwert von insgesamt 58 Millionen Mark. Selbst aufbringen mußte er dafür 29 Millionen, die andere Hälfte wurde, wie erwähnt, aus den Rücklagen finanziert. Und dieses neue für nur 29 Millionen erworbene Aktienpaket hatte einen Börsenwert von ca. 754 Millionen Mark.

1975 hat der Flick-Clan etwa 30 Prozent der Daimler-Aktien an die Deutsche Bank verkauft und hält seitdem nur noch eine Beteiligung von ca. zehn Prozent. Dieses an die Deutsche Bank übergegangene Paket dürfte Flick seinerzeit höchstens 80 Millionen Mark gekostet haben. Bis zum Weiterverkauf 1975 hat es rund 500 Millionen Mark Dividende eingebracht. Das ergibt eine durchschnittliche jährliche Kapitalverzinsung von stolzen 60 Prozent. Und doch spiegeln diese Zahlen nur den geringsten Teil der Profite wider, die von den Flicks bei Daimler realisiert wurden.

Dividenden sind für einen Großaktionär wie Flick zwar eine schöne Sache, sie haben jedoch den Nachteil, daß sie versteuert werden müssen. Und um die Ertragssteuern zu umgehen, hat der Flick-Clan stets darauf gedrängt, einen möglichst großen Teil der Profite nicht als Di-

videnden auszuschütten, sondern im Unternehmen anzusammeln. Das geschah, ähnlich wie oben dargestellt, durch mehrere Kapitalaufstockungen in den sechziger und siebziger Jahren. Das Grundkapital der Daimler Benz AG, das Ende der fünfziger Jahre noch bei 72 Millionen Mark lag, war bis 1973 auf das 15fache, nämlich auf 1,1 Milliarden Mark angewachsen. Insgesamt hatten die Aktionäre davon allerdings nur etwa zehn Prozent tatsächlich eingezahlt. Der Rest war aus den Reserven finanziert worden: Die Aktionäre bekamen — insgesamt siebenmal bis zum Verkauf des Flick-Pakets 1975 — statt höherer Dividenden Gratisaktien.

Auf diese Weise wuchs der Wert der Beteiligungen ständig an, ohne daß Flick und die anderen Aktionäre Einkommenssteuern zahlen mußten. In welchem rasantem Tempo diese Wertsteigerung vor sich gegangen war, zeigte sich dann bei der erwähnten Verkaufsaktion 1975. Die Deutsche Bank zahlte etwa 2,1 Milliarden Mark für das von Flick abgestoßene 30-Prozent-Paket. In der Flick-Bilanz waren die entsprechenden Daimler-Aktien bis dahin mit 200 Millionen Mark bewertet worden; so blieb ein Buchgewinn von 1,9 Milliarden Mark.

Rechnet man zu diesem Gewinn die Dividenden von 500 Millionen Mark hinzu, kann man die folgende Bilanz des Engagements der Flicks bei Daim-

ler ziehen: In etwa 20 Jahren hat der Clan aus ursprünglich eingesetzten lumpigen 80 Millionen Mark eine Profit von 2,4 Milliarden Mark herausgeschlagen.

Hilfreiche Gesetze

Nach dem Verkauf des Daimler-Pakets standen die Flicks allerdings wieder einmal vor dem Problem, wie sie ihre Superprofite an der Steuer vorbeischleusen sollten. Es gab für ihre speziellen Sorgen jedoch hilfreiche Gesetze und — wie seit den Enthüllungen im „Spiegel“ bekannt — auch hilfreiche Minister, die sich der Flickschen Probleme annahmen. Bei den Gesetzen handelte es sich um den § 6b des Einkommensteuergesetzes und um den § 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes, (der inzwischen aufgelöst und auf den 6b übertragen wurde). Beide Paragraphen sehen im wesentlichen vor, daß ein Gewinn wie der von Flick durch den Aktienverkauf getätigte nicht versteuert werden muß, wenn er innerhalb bestimmter Fristen „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig“ wieder angelegt wird. Über die Förderungswürdigkeit entscheidet der Bundesminister für Wirtschaft „im Benehmen mit dem Bundesminister der Finanzen.“

Der Flick-Konzern hat den größten Teil seiner Daimler-Milliarden inzwischen wieder angelegt; bei den zum Flick-Imperium gehörenden Unternehmen Buderus, Dynamit Nobel und Feldmühle wurden Investitionen und Kapitalerhöhungen vorgenommen, bei der Gerling-Versicherungsgruppe wurde eine 210-Millionen-Mark-Beteiligung erworben, für etwa 800 Millionen sicherte sich Flick eine 25prozentige Beteiligung an dem amerikanischen Chemie-Konzern Grace. Und jedesmal, wenn die Flickschen Daimler-Profite eine neue Anlagensphäre gefunden hatten, kam postwendend aus Bonn die Bestätigung der Förderungswürdigkeit und damit die Steuerbefreiung. Ebenso postwendend erfolgten umgekehrt — wenn auch in wesentlich geringerer Höhe — die Flickschen Zahlungen an die Minister Friderichs und Lambsdorff, sowie an andere Spitzenpolitiker der Bonner Parteien.

Aber hier soll, wie gesagt, nicht die gesamte Besteuchungsaffäre noch einmal aufgerollt, sondern nur die Steuerbefreiung im Falle Grace beleuchtet werden. 1976 erwarb Flick für etwa 300 Millionen Mark eine Beteiligung von 12 Prozent bei Grace, zwei Jahre später wurde diese Beteiligung für weitere 500 Millionen Mark auf über 25 Prozent aufgestockt. Für Flick hat sich diese Beteiligung jetzt schon zu einer Goldgrube von fast Daimlerschen Dimensionen entwickelt. Sie wirft satte Dividenden ab und ist noch vor den Rüstungssparten bei Buderus und Dynamit Nobel der gegenwärtig profitabelste Teil des Imperiums. Das für etwa 800 Millionen Mark erworbene Grace-Paket hatte zu Beginn dieses Jahres einen Börsenwert von 1,65 Milliarden Mark (bei einem Verkauf der Aktien könnte gegenwärtig sogar ein Preis von 50 Prozent über dem Börsenkurs erzielt werden).

Für die Minister Friderichs und Lambsdorff war natürlich ein solcher Kapitalexpert, der sich zum Segen für die Profite des Monopolisten Flick entwickelt, unbedingt „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig“. Sie gewährten Flick nach § 4 Auslandsinvestitionsgesetz eine Steuerbefreiung

von insgesamt 450 Millionen Mark. Einen Haken hatte diese Angelegenheit allerdings. Denn der betreffende Paragraph ist zwar wie der 6b in hohem Grade interpretationsfähig und somit auf jede nur erdenkliche Transaktion des Monopolkapitals anwendbar.

Ein Bote kommt zu spät

Er enthält jedoch auch eine winzige Bedingung für die Steuerbefreiung: Die betreffende Investition im Ausland soll danach „der internationalen Arbeitsteilung oder einer verstärkten weltwirtschaftlichen Verflechtung“ dienen. Der sogenannte Gesetzgeber hat sich hier zwar ersichtlich große Mühe um eine möglichst schwammige Formulierung gemacht. Aber dennoch hat der Flick-Konzern nicht einmal diese Bedingung erfüllt und wohl auch nie die Absicht dazu gehabt. In dem Antrag auf Steuerbefreiung hatte der Konzern allerlei Projekte über eine Kooperation zwischen Flick und Grace, Technologietransfer usw. in Aussicht gestellt. Das waren jedoch allzu offensichtlich pure Windeier, um den Antrag abzustützen.

Das geht auch eindeutig aus den umfangreichen Notizen des ehemaligen Flick-Gesellschafters v. Brauchitsch hervor, die der in der Besteuchungsaffäre ermittelnden Staatsanwaltschaft in die Hände gefallen sind. Da heißt es beispielsweise unter dem 13.4.81: „Ferner würde in einem Rechtsstreit Bonn befragt werden (...) ob unsere Aussage über die 'internationale Zusammenarbeit' inzwischen erfüllt ist. Das ist eindeutig nicht der Fall.“

Weder Friderichs noch sein Nachfolger Lambsdorff haben jemals daran gedacht, die Angaben des Flick-Konzerns über eine angebliche Kooperation mit Grace nachprüfen zu lassen. (Ebenso wenig haben die sozialdemokratischen Finanzminister — trotz zum Teil massiver Kritik in ihrer Fraktion — diese Steuerbefreiung jemals in Frage gestellt.) Mit aller Wahrscheinlichkeit wäre von den Bonner Ministerien nie wieder an die Grace-Angelegenheit gerührt worden — wenn nicht die Besteuchungsaffäre mit all ihren Enthüllungen ins Rollen gekommen wäre.

Lambsdorff sah sich nun in einer schwierigen Situation. Die im „Spiegel“ und anderswo veröffentlichten Notizen von Brauchitsch (siehe oben) hatten deutlich gemacht, daß es sich bei der Steuerbefreiung im Falle Grace nicht nur um einen von vielen Liebesdiensten für den Flick-Clan gehandelt hatte, sondern daß hierbei selbst die bestehenden monopolfreundlichen Gesetze noch umgangen worden waren. Deutlicher hätte Lambsdorff gar nicht als bestochener Lakai der Flicks erscheinen können.

Also mußte gehandelt werden. Am 27. Dezember vergangenen Jahres wurde ein Bote vom Bundeswirtschaftsministerium zur Düsseldorfer Flick-Zentrale in Marsch gesetzt. Er überbrachte einen Widerruf der gewährten Steuerbefreiung von 450 Millionen Mark. In dem Schreiben wird unter anderem festgestellt: „Es gab keine reale Basis für eine auf Dauer angelegte gemeinsame Zusammenarbeit (zwischen Flick und Grace — RM) in zentralen Bereichen.“

Lambsdorff als antimonopolistischer Kämpfer, der ein fast 0,5 Milliarden schweres

Fortsetzung auf Seite 10

MLPD und die SVR Albanien

Vor einiger Zeit, im „Roten Morgen“ Nr. 6/84, druckten wir den Leserbrief eines R.P. ab, der sich zuvor an die MLPD gewandt hatte, mit der Frage, warum diese Albanien nicht mehr als sozialistisches Land betrachte (und auch die des Warschauer Paktes). Er bekam keine Antwort von den Genossen der MLPD und teilte uns das mit, was wir auch veröffentlichten. In der letzten Woche nun erhielten wir ein Schreiben der Genossen der MLPD, begleitet von ihrem nachstehend wiedergegebenen Brief an R.P. mit der Aufforderung auch ihnen, „und nicht nur den Revisionisten“, die Spalten des „Roten Morgen“ zur Verfügung zu stellen. Was hiermit geschehen soll, allerdings nicht ohne eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem Brief der MLPD-Genossen.

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
Stefan Engel
Rellinghauser Str. 334
4300 Essen

Werter R.P., 8.3.1984

da du uns als ein DKP-Funktionär bekannt bist, der sich ausführlich mit der MLPD und ihrer Linie beschäftigt, durften wir davon ausgehen, daß dir der Inhalt der nebenstehenden Antwort auf deinen Brief vom 31.10.1983 ohnehin geläufig ist. Deshalb haben wir uns auch mit der Antwort etwas mehr Zeit gelassen und uns mit noch wichtigeren Dingen befaßt. Dennoch sind wir immer an einer sachlichen Auseinandersetzung interessiert und bitten deshalb für die Verzögerung der Antwort um dein Verständnis.

Du fragst uns nach unserer Einschätzung zum Klassencharakter Albanien. Im Januar 1979 hat sich die Zentrale Leitung des KABD, die Vorläuferorganisation der MLPD, mit einem offenen Brief an das ZK der PAA gewandt und unsere prinzipiellen Meinungsunterschiede zum Brief des ZK der PAA vom 29. Juli 1978 über die

Beurteilung der Entwicklung der KP Chinas und der Volksrepublik China dargelegt.

Worin bestehen unsere Differenzen?

In dem Brief der PAA wurde damals der KP Chinas prinzipienloser Fraktionismus vorgeworfen, weil sie sich nicht an den Ideen des Marxismus-Leninismus orientierte. Dieser Vorwurf an die KP Chinas bedeutete, daß sie von Anfang an keine marxistisch-leninistische Partei war, was aber überhaupt nicht bewiesen wird. Dem stehen gegenüber die historischen Tatsachen, daß das chinesische Volk unter der Führung der KP Chinas mit dem Genossen Mao Tsetung an der Spitze einen erfolgreichen Kampf in der neudemokratischen Revolution und danach zum Aufbau des Sozialismus geführt hat; dem steht gegenüber die Einschätzung, die die Führer der PAA selbst noch vor Jahren hatten:

„In fünfzig Jahren bestand die Partei die Feuerprobe zehn großer Kämpfe innerhalb der Partei gegen verschiedene antimarxistische Strömungen und Abweichungen. Bei diesem

Kampf innerhalb der Partei siegte die stets revolutionäre marxistisch-leninistische Linie, die von Genossen Mao Tsetung ausgearbeitet und verteidigt wurde, und die Partei ging aus diesem Kampf immer gestärkt hervor.“ (Rede von Hysni Kapo zum 80. Geburtstag von Mao Tsetung, 1973, zitiert nach „China aktuell“ Nr. 3, S. 10ff)

Aus der Entwicklung und den Erfahrungen mit der Sowjetunion, in der nach dem Tode Stalins die Bürokratie die Macht an sich riß und einen Kapitalismus neuen Typs einführte, zog Mao Tsetung die Lehre der Großen Proletarischen Kulturrevolution.

Welcher Kommunist soll Hoxha abnehmen, was er sieben Jahre später ohne Selbstkritik und Beweise behauptet:

„Der Verlauf der Ereignisse zeigte, daß die Große Proletarische Kulturrevolution weder eine Revolution, noch groß noch kulturell und schon gar nicht proletarisch war. Sie war ein Palastputsch im gesamtchinesischen Maßstab, um eine Handvoll von Reaktionären zu liquidieren, die die Macht ergriffen hatte.“ (Enver Hoxha, Imperialismus und Revolution, S. 454)

Die Große Proletarische Kulturrevolution ist die höchste Form des Klassenkampfes in der sozialistischen Gesellschaft, mit der es der Arbeiterklasse im China Mao Tsetungs gelungen ist, der neuen Bourgeoisie, der Bourgeoisie mit dem Parteibuch in der Tasche, einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Die Große Proletarische Kultur-

revolution bedeutet die Hebung und sprunghafte Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Volksmassen mit Hilfe von Kritik und Selbstkritik. Ihre Bedeutung liegt vor allem in der Errichtung eines ideologisch-politischen Damms gegen die Gefahr der Restauration des Kapitalismus.

Dazu heißt es im Programm der MLPD:

„Die Große Proletarische Kulturrevolution stellt die entscheidende Methode des Kampfes gegen die Gefahr einer revisionistischen Machtergreifung dar, bei sprunghafter Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Massen und Festigung der Diktatur des Proletariats.“ (S. 24)

Selbst Hoxha beurteilte im November 1971 die Kulturrevolution als einen Triumph des Marxismus-Leninismus.

„Der Triumph von dem großen Marxisten-Leninisten, Genossen Mao Tsetung initiierten und geleiteten Großen Pro-

letarischen Kulturrevolution ist ein Sieg und eine Quelle der Inspiration für die ganze weltweite revolutionäre Bewegung.“ (Enver Hoxha, Bericht über die Tätigkeit des ZK der PAA vom 1.11.71, S. 14)

Mit dem liquidatorischen Angriff Hoxhas auf die Mao-Tsetung-Ideen und die Proletarische Kulturrevolution hat die Führung der PAA einen gefährlichen Kurs eingeschlagen und den Weg des Sozialismus verlassen, was zwangsläufig in der vollständigen Restauration des Kapitalismus enden muß: „Die ideologische Ursache ist ihr eigener revisionistischer Standpunkt zur Lehre vom Klassenkampf im Sozialismus, die Ablehnung des Kampfes zweier Linien als objektives Gesetz der Entwicklung der innerparteilichen Widersprüche.“ (Dokumente des 5. Zentralen Delegiertentages des KABD, 1982, S. 4)

Das ist die grundsätzliche Seite des Klassenkampfes im Sozialismus. Inzwischen hat

sich dieser Standpunkt der albanischen Führung weiter verfestigt, wie verschiedene Erscheinungen in der albanischen Innen- und Außenpolitik zeigen.

Inwieweit die Restauration des Kapitalismus in Albanien fortgeschritten ist, können wir momentan nicht sagen, da dies eine konkrete Analyse einer konkreten Situation erfordert, wie wir sie im „Revolutionären Weg“ 7 - 9 über die „Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion“ und in unserer Reihe „China aktuell“ zur Entwicklung in der VR China vorgelegt haben. Eine solche Analyse wird allerdings von außerhalb nicht einfach sein.

Das bedeutet aber umgekehrt, daß wir nicht sagen, daß es noch ein sozialistisches Land gibt gemäß den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung. So ist die Aussage der Rede zu verstehen!

Essen, den 8.3.84
Stefan Engel

Vertreter der KPD als Gast auf der Nationalen Konferenz der GIM

Vom 24.—26. Februar fand in Frankfurt die Nationale Konferenz der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), deutsche Sektion der (trotskistischen) 4. Internationale, statt. Ein Vertreter unserer Partei nahm auf Einladung der GIM als Gast an der Konferenz teil.

Einschätzung der Wende, der Sozialdemokratie, der Grünen — diese Fragen und ihre Konsequenzen für die Politik und Taktik der GIM standen im Mittelpunkt der politischen Diskussion der rund 70 Delegierten.

Umstritten war und ist innerhalb der GIM die Einschätzung der Sozialdemokratie und die Taktik ihr gegenüber, wie die Zeitung der GIM „Was tun“ feststellt. Klar drückt sich das in den Auffassungen über die Taktik bei den Wahlen aus. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Delegierten trat für folgendes ein:

„Gegen die Regierung von Kohl und Kapital — für eine SPD-Regierung, gegebenenfalls unterstützt von Grünen und anderen Gruppierungen, die auf die Verwirklichung der zentralen Forderungen unseres Aktionsprogramms verpflichtet ist und die NATO-Aufrüstung in der Bundesrepublik beendet!“

Daraus würde sich ein Wahlauftrag zugunsten der SPD, unter bestimmten Bedingungen ein Wahlauftrag zugunsten von SPD und Grünen bzw. Alternativen ergeben. Nur: Was macht die GIM, wenn die SPD keinerlei Anstalten macht, eine von ihr geführte Regierung auf die zentralen Forderungen des Aktionsprogramms der GIM zu verpflichten?

Die Position der Minderheit wird von „Was tun“ so skizziert: „Die Minderheit stellte fest, daß „weder ein Wahlauftrag für die SPD noch für die Grünen einen Beitrag zur Hebung des Klassenbewußtseins darstellt. Jedes Eingreifen muß zum Ziel haben, den Differenzierungsprozeß in der SPD zu fördern (...). Wir fordern linke Elemente in der SPD zum Bruch mit der SPD auf. (...) Wir müssen entschieden der Meinung entgegen treten, daß sozialistische Politik am effektivsten in der SPD zu verwirklichen ist.“

Es ist kein Geheimnis, daß die hier angeschnittenen Fragen auch in unserer Partei diskutiert werden. Deshalb war die Diskussion auf der GIM-Konferenz für unsere Partei von großem Interesse. Ein wenig schade, daß — von der Frage der Wahlaussage einmal abgesehen — diese Diskussion doch relativ allgemein blieb. Die

Schlußfolgerungen beider Positionen, etwa für die Auseinandersetzung in Betrieb und Gewerkschaft, wurden — jedenfalls für Außenstehende — nicht deutlich.

Das macht es relativ schwierig, die Diskussion auf der GIM-Konferenz zur Diskussion dieser Frage in unserer Partei in Beziehung zu setzen. Einerseits hat unsere Partei selbst bei Wahlen kandidiert und an revolutionären oder klassenkämpferischen Wahlbündnissen teilgenommen, was wohl eine Nähe zur Position der Minderheit bedeuten würde. Andererseits geht aber auch unsere Partei davon aus, daß eine Linksentwicklung in der Arbeiterklasse nicht einfach durch „Aufforderung zum Bruch mit der SPD“ bewirkt werden kann, sondern seitens der Kommunisten das Eintreten für eine Einheitsfront gegen Kapital und Reaktion zur Voraussetzung hat und insofern scheinen sich Überlegungen unserer Partei auch mit solchen zu treffen, wie sie von der Mehrheit der Delegierten der GIM-Konferenz angestellt werden.

Das Beispiel zeigt, daß weitere Diskussion zwischen unserer Partei und der GIM nützlich sind, um beiderseitig die Überlegungen und Positionen genauer kennenzulernen. Bereits vor der Konferenz der GIM hatte es zwei Gespräche auf Leitungsebene zwischen der GIM und unserer Partei gegeben. Die Genossinnen und Genossen der GIM haben in ihrer Zeitung ihr Interesse an der Fortsetzung dieser Gespräche bekundet. Auch unsere Partei ist an einer Fortsetzung dieser Gespräche interessiert. Dabei scheint es vernünftig, die Zusammenarbeit dort zu stärken, wo sie bereits ganz gut in die Gänge gekommen ist und sich gezeigt hat, daß es ausreichend gemeinsame Auffassungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit gibt. Das gilt sicher für die Gewerkschaftspolitik, aber wohl auch für die Ausländerpolitik.

Die Konferenz der GIM, die von „Was tun“ insgesamt als erfolgreich eingeschätzt wird — wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie im Vergleich zu früheren Konferenzen einen größeren Willen zur Einheit zum Aus-

druck gebracht hat —, hat für den Herbst dieses Jahres die Durchführung eines Programmkongresses beschlossen, der über einen Programmentwurf der GIM beraten und eine Änderung des Namens der Organisation beschließen soll. Folgende Namensvorschläge sind laut „Was tun“ in der Diskussion: Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), Sozialistischer Bund, Revolutionär-Sozialistischer Bund, Sozialistische Aktion (SAK) ...

Der Genosse unserer Partei hat in einem kurzen Grußwort die Notwendigkeit der Aktions-einheit der Sozialisten gegen die Offensive der Reaktion und die Unternehmerangriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften betont, was sich aktuell vor allem in der Zusammenarbeit zur Stärkung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausdrücken müsse.

So sieht es die Zeitung der GIM „Was tun“:

In ihrer Zeitung „Was tun“ kommentieren die Genossinnen und Genossen der GIM die Anwesenheit eines Vertreters unserer Partei auf der Nationalen Konferenz ihrer Organisation wie folgt:

Besonders freute uns, daß ein Leitungsmitglied der KPD (Zentralorgan „Roter Morgen“) erstmals auf unserer Konferenz vertreten war und auch das Wort ergriff. Für uns bedeutet dies einen Schlußstrich unter die Vergangenheit, die vor allem durch sektiererische, teils gewalttätige Angriffe dieser Strömung gegenüber dem „Trotzkismus“ geprägt war. Wir konnten dem Vertreter der KPD nur zustimmen, daß angesichts der verschärften Angriffe der Kohl-Regierung und des Kapitals die Einheit der Sozialisten in der Aktion notwendig ist, sie vor allem zum Ziel haben muß, den Kampf um die „Weichenstellung 35-Stunden-Woche“ voranzutreiben. Dieser Präsenz auf der Konferenz waren zwei Diskussionen auf Leitungsebene zwischen beiden Organisationen über die Einschätzung der aktuellen Lage und den Möglichkeiten der Zusammenarbeit in konkreten Projekten vorausgegangen. Wir knüpfen an diese Diskussionen und die Anwesenheit dieser Organisation auf der Konferenz die Hoffnung, daß diese Gespräche fortgeführt werden.

Ein seltsamer Marxismus

Daß R.P. dem Genossen Engel als revisionistischer Funktionär bekannt ist — uns nicht, aber daran zu zweifeln, ist nicht unsere Absicht —, hat ja nun recht wenig mit dem Inhalt der Frage zu tun, die gestellt worden ist, aber das sei den Genossen der MLPD überlassen, wie auch ihre Praxis, in ihrer „Roten Fahne“ keine Leserbriefe zu veröffentlichen, was ebenfalls nicht unser Problem ist.

Ein Problem für die Genossen der MLPD dürfte auch die von ihnen geforderte Veröffentlichung ihrer Antwort im „Roten Morgen“ sein, ein Ersu-

chen, das wir auch dann erfüllt hätten, wenn der Brief nicht ein so überaus deutliches Beispiel einer sehr seltsamen Auffassung von Marxismus wäre. Denn in der Tat gesteht der Genosse Engel ja selbst ein, daß ihm konkret, aus den Verhältnissen in Albanien heraus betrachtet, nichts einfällt, was seine kühne These von einem Land auf dem Weg der Restauration des Kapitalismus auch nur entfernt begründen könnte. Nichts ist da, was auf eine auch nur entfernte Beweisführung für die Wiedereinführung von Ausbeutungsverhältnissen in der SVR Albanien schließen ließe, nichts, was

auf die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse schließen ließe. Weder eine Spur des berühmten Seins, das das Bewußtsein bestimme. Und auch kein Treffen etwa Enver Hoxhas mit Ronald Reagan, wie das einst, während der Bomben auf Vietnam mit Nixon in China geschah — die Liste wäre noch lang, was es alles nicht gibt, was es in China eben durchaus gab, und was auch, im Gegensatz zu den Behauptungen des Genossen Engel in der Kritik angeführt wurde.

Also bleibt dem Genossen Engel nur noch der Weg, anhand einer Idee, eines Schlagworts, eines Programmpunkts seiner Partei die „Geister zu scheiden“. Wer gegen die Kulturrevolution ist, ist ein Revisionist, auch wenn er sozialistische Politik macht. Punkt. Nicht nur, daß solch ein Ideenschema recht wenig mit Marxismus zu tun hat, es wird auch rundweg unterschlagen, was es in Albanien — beispielsweise in den sechziger Jahren — an Kampf gegen Bürokratismus usw. gab.

Marxistisch wäre eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse — und dafür gibt es über Albanien so viele Möglichkeiten wie über die revisionistischen Länder. Marxistisch wäre eine Auseinandersetzung mit der Politik in allen Bereichen, die sichtbar ist. Alles das ist in dem Brief des Genossen Engel auch spurenweise nicht enthalten. Das ist ein Resultat davon, wenn man vor lauter „Kampf zweier Linien“ den Marxismus-Leninismus zu einer bloßen Frage des Ideenkampfes herabmindert.

Überzeugender als dieser Brief ist allemal die albanische Realität — und die eben ist sozialistisch.

Fortsetzung von Seite 9

Steuergeschenk wieder zurückholt? Das kann sich ein normaler Mensch zu Recht nur schwer vorstellen. Und natürlich hat auch diese Aktion des Bonner Grafen wieder einen dicken Haken. Die oben erwähnten Notizen von Brauchitschs haben den leitenden Beamten im Wirtschafts- und Finanzministerium nämlich bereits im Frühjahr 1982 vorgelegen. Anderthalb Jahre lang geschah daraufhin jedoch nichts, bis dann vor zwei Monaten der erwähnte Bote in Bewegung gesetzt wurde.

Nach dem Verwaltungsverfahrgesetz muß ein Widerruf aber spätestens ein Jahr nach dem Bekanntwerden der Tatsachen erfolgen, durch die er begründet wird. Natürlich hat der Flick-Konzern sofort Klage gegen den Widerruf erhoben und diese Klage mit dem Ablauf der Frist begründet. Und die Aussichten, daß die 450 Millionen endgültig bei den Ficks bleiben, stehen in Anbetracht dieser Umstände nicht schlecht. Lambsdorff dagegen steht nun als

Figur da, die selbst unter Bestechungsanklage die Hand weiter schützend über seinen Geldgeber hält.

Der Flick-Clan kann sich derweil ganz auf andere Steuerprobleme konzentrieren. Es geht dabei wieder einmal um die leidige Erbschaftsfrage. Die Übertragung des Besitzes auf drei Familienstiftungen hatte sich zur Umgehung von Erbschaftssteuern zwar in der Vergangenheit durchaus bewährt. 1974 aber hat die sozialliberale Koalition die sogenannte Erbschaftsteuer geschaffen. Danach müssen nichtgemeinnützige Stiftungen jeweils 30 Jahre nach ihrer Errichtung 35 Prozent des Stiftungsvermögens als Steuern abführen. Und dieser Zeitpunkt rückt nun für die Flicks heran. Also wurden zwei Familienstiftungen wieder aufgelöst, die dritte soll bald folgen. Damit wäre die Erbschaftsteuer erst einmal umgangen, und bis der nächste Generationswechsel im Hause Flick ansteht, wird man sich mit Hilfe der vielen vom Konzern so großzügig geförderten Politiker sicher etwas Neues einfallen lassen.

Eine gute internationalistische Aktion

Arbeitsbrigaden für Nicaragua

Im Dezember vergangenen Jahres flog die erste Arbeitsbrigade für Nicaragua von Westdeutschland nach Managua. Mittlerweile sind die über 160 Brigadisten nach zweimonatigem Ernteeinsatz wieder hier, eine zweite Brigade arbeitet in Nicaragua. Zusammen mit Hunderten Helfern aus anderen

In vielen Berichten, auf Veranstaltungen der Nicaragua-Solidaritätsbewegung werden nun die Erfahrungen der ersten Brigadisten öffentlich diskutiert. Übereinstimmend wird die Aktion als gut bewertet, Mängel, Fehler und Probleme aber auch nicht totgeschwiegen.

Wichtigste Erfahrung für die meisten der westdeutschen Brigadisten war sicherlich die Teilnahme am normalen, täglichen Leben der Bauern und Erntearbeiter in den Kaffeegebieten Nicaraguas. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen dort, vier Jahre nach der Revolution nicht nur zu sehen, sondern selbst zu erleben, die Probleme, Schwierigkeiten und Mängel des Alltags mitzubekommen, war eine wichtige Erfahrung, das zeigen die meisten der Berichte der zurückgekehrten Brigadisten.

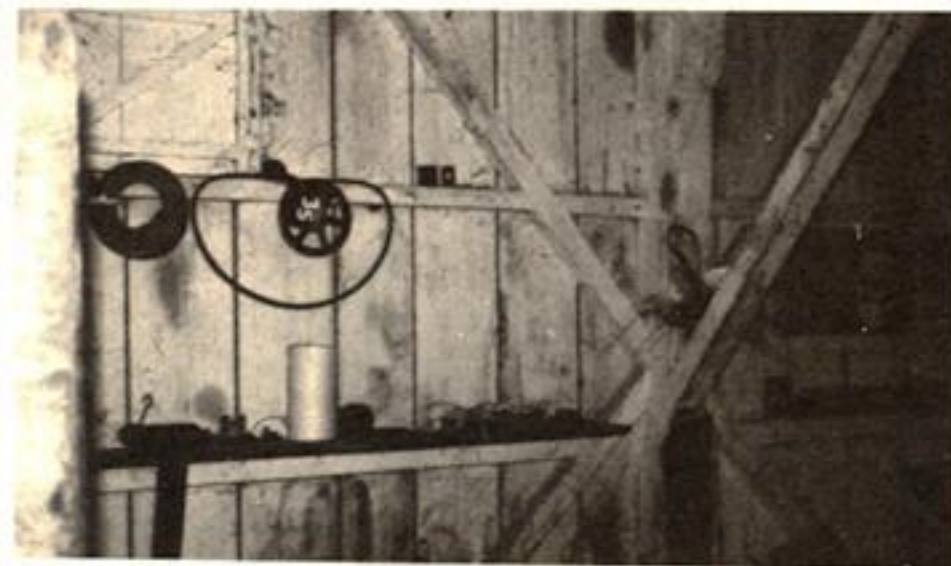
Das beginnt mit der Unterbringung, die sehr einfach war, wo auf viele Dinge, die hier Gewohnheit, oder Annehmlichkeit sind, verzichtet werden mußte. Das Essen, sehr einfach, eintönig auch, machte den Brigadisten zunächst zu schaffen, nicht zuletzt auch das Klima, völlig unerwartet kühlte es sich nachts sehr stark ab, Regenfälle während der Arbeit waren auch an der Tagesordnung. Auch Kommunikationsschwierigkeiten gab es, die aber im Laufe der Zeit abgebaut wurden. Dennoch — bis auf Ausnahmen — bemühten sich die Brigadisten wirklich nicht nur einen symbolischen Beitrag zur Kaffee-Ernte zu leisten, sondern auch einen — wenn auch geringen — ökonomischen Gewinn zu erarbeiten. Daß die meisten lange nicht an die Arbeitsergebnisse der Nicaraguaner herankamen, macht das nichts — war auch nicht erwartet worden.

Daß der ökonomische Nutzen der Brigaden begrenzt ist, war von vornherein klar gesehen worden, lediglich symbolischer Aufenthalt ist aber auch keine Alternative. Gerade aus den konkreten Problemen der ersten westdeutschen Arbeitsbrigade sind dann auch schon Lehren für die zweite Brigade gezogen worden. Sämtliche Probleme wird man dabei nicht so schnell lösen können. Sicherlich ist der konkrete Ansatz für die neue Brigade, Hilfe beim Aufbau bzw. Wiederaufbau ganz konkreter Projekte in Nicaragua, schon ein Fortschritt. Die Aufgabenstellung wird mehr „sichtbare“ Erfolge der Arbeit der Brigadisten bringen — für beide Seiten bestimmt positiv.

Dennoch wird man sich damit abfinden müssen, daß — baut man das Brigadenprojekt nicht zu einer „alternativen Entwicklungshilfe“ aus — die Einsätze in der Hauptsache symbolischen Charakter haben werden, daß sie vor allem eine — richtige und notwendige — politische Demonstration bleiben werden.

Gerade die Kaffee-Ernte hat das gezeigt. Fast eintausend junge Europäer waren in den vergangenen Monaten in Nicaragua als Erntehelfer, dazu nochmal rund 800 Jugendliche aus ganz Amerika. Rund 25000 Pflücker fehlten den Nicaraguanern bei der Kaffeeernte. Zum einen sind seit der Revolution

die großen Kontingente von Wanderarbeitern aus den Nachbarländern, die auf den Plantagen der Großgrundbesitzer saisonal arbeiten nicht mehr einsetzbar, zum anderen verschlingen die militärischen Anstrengungen, der Schutz vor einer Invasion und den ununterbrochen laufenden Grenzüberschreitungen viele Arbeitskräfte, die als Soldaten im Heer und den Mili-



Im Werkstatttraum hinterließen westdeutsche Brigadisten — wohl nicht ganz ernstgemeint — Werbung der IG Metall für die 35-Stunden-Woche. (RM-Foto)

So war es vor allem der Nicaraguansche Jugendverband, die „Juventud Sandinista del 19. Julio“ (Sandinistische Jugend des 19. Juli — Datum der Revolution 1979, RM) der entscheidenden Anteil an der Einbringung der Kaffee-Ernte hatte. Die „Juventud“, wie sie kurz genannt wird, mobilisierte aus den Schulen und Universitäten heraus tausende Jugendliche, die maßgeblichen Anteil an den Ernteergebnissen haben. Und hinzugefügt sei an dieser Stelle noch, daß es gerade der sandinistische Jugendverband ist, der z. Z. die Hauptlast an einer anderen, enorm wichtigen Kampagne in Nicaragua trägt. „Todas las Armas al Pueblo“, „Alle Waffen dem Volk“, unter diesem Motto läuft eine Kampagne zur Bildung von Milizen. Die Bildung dieser Freiwilligeneinheiten, der Ansatz für eine allgemeine Volksbewaffnung, würde in Nicaragua, ohne den Jugendverband lange nicht das enorme Ausmaß erreicht haben, das heute überall sichtbar ist. Es

deswegen für wichtig, weil Artikel unter der Überschrift „Schlechte Ernte trotz internationaler Brigaden?“, wie am 19.3. in der „taz“ einfach zu dem falschen Eindruck beitragen, es bestände die Möglichkeit, über die Brigadenprojekte ernsthaft wirtschaftliche Probleme Nicaraguas lösen zu können.

Bei aller notwendigen Ver-

besserung der Organisation und Aufgabenstellung für die Brigaden, die auch wichtig ist, damit die Brigadisten sich sinnvoll eingesetzt sehen, wird das Brigadenprojekt weiterhin notwendigerweise eine politischen Demonstration bleiben.

Sowenig diese Frage im letzten Herbst, zu Beginn des Brigadenprojekts eigentlich umstritten war, um so mehr wurde der Stellenwert dieser Kampagne zu anderen Formen antiimperialistischer Solidarität diskutiert, vor allem zur Kampagne „Waffen für El Salvador“. Wir wollen hier nicht auf den unfruchtbaren und für die westdeutsche Linke fast schon typischen „Erklärungskrieg“ für oder gegen die eine Kampagne, für Kopplung oder nicht eingehen. Beide Kampagnen „Brigaden für Nicaragua“ und „Waffen für El Salvador“ haben ihre Berechtigung. Man mag — wie unsere Partei auch — dem „Contador“-Abkommen kritisch gegenüberstehen, ein Abkommen mit dem sich die politische Führung Nicaraguas u. a. verpflichtet

nicaraguanischen Regierung. Man mag anderer Meinung sein, aber man hat auch das zu akzeptieren, was in Nicaragua Realität, erklärte Politik ist.

Die gleiche falsche Haltung legen aber auch diejenigen politischen Kräfte an den Tag, die das ganze Brigadenprojekt — überspitzt ausgedrückt — unter mehr caritativen Gesichtspunkten sehen, als gewaltfreie, friedliche Hilfe beim Aufbau des Landes — die einfach vergessen machen wollen, daß die Frente Sandinista de Liberación vor fünf Jahren noch exakt so gekämpft hat, wie es die salvadorianischen Freiheitskämpfer heute tun: mit der Waffe in der Hand — den revolutionären Volkskrieg gegen Reaktion und Imperialismus führen.

Sich darauf beschränken lediglich „konkrete Projekte“ Medizinstationen, Schulen oder ähnliche Einrichtungen über die „Soli-Arbeit“, wie es gern genannt wird, zu unterstützen, macht leicht vergessen, daß es für alle, die von hier aus Nicaragua unterstützen wollen, eine Menge Aufgaben auch in der Bundesregierung gibt.

Die Blockierung der Entwicklungshilfegelder durch die Bundesregierung, bei gleichzeitiger Förderung des Terrorregimes in El Salvador, das Mitmachen vieler westdeutscher Konzerne bei der Ausbeutung der Menschen in Mittelamerika, die Politik der internationalen Sozialdemokratie — mit besonderer Unterstützung der SPD, die zum Zurückdrängen und zum Bremsen vieler revolutionärer Prozesse führt — auch das müssen Themen sein. „Sieg im Volkskrieg — Klassenkampf im eigenen Land“ ist eine alte Parole der KPD und früher breiter Teile der Linken, die geeignet ist, den antiimperialistischen Charakter der Mittelamerikasolidarität zu stärken. Und nicht zuletzt steht der Hauptfeind der Völker Zentralamerikas, der US-Imperialismus mit Teilen seiner mörderischen Militärmaschinerie auch in unserem Land. Aufgaben, Ansatzpunkte also auch in Westdeutschland genug — die

Im nebenstehenden Artikel erläutern wir u. a. die revolutionäre Rolle der Jugend in Nicaragua beim Aufbau des befreiten Landes. Das untenstehende Gedicht Ernesto Cardenas zeigt, daß das nichts Neues ist: Es beschreibt die jugendlichen Helden des Befreiungskampfes. Kein Wunder, daß die Befreiungsfront dieser Jugend bei den bevorstehenden Wahlen ab 16 das Stimmrecht zusicherte.

Sie standen in der Zeitung

Sie standen täglich in der Zeitung.
ihre Fotos in der Zeitung „La Prensa“
wie schlafend
mit halbgeschlossenen Augen.
die Lippen offen.
als ob sie lächelten, als ob sie träumten.
Die Jungen und Mädchen der grausigen Liste.
Oder ernst auf ihren kleinen Paßfotos, auf ihren Ausweisen.
vielleicht tiefer.
Täglich mehr auf der Liste des Schreckens.
Einer wollte nur um den Block gehen in seinem Viertel.
und man fand ihn tot auf einem Grundstück.
Ein anderer wollte zur Arbeit, er ging aus dem Haus,
draußen in San Judas
und kehrte nicht zurück.
Ein anderer wollte eine Coca kaufen an der Ecke.
Ein anderer sein Mädchen besuchen.
Sie kehrten nicht zurück.
Andere wurden aus ihren Häusern geholt
und auf einen Jeep geladen, der sich
in der Nacht verlor.
Später fand man sie im Leichenhaus
oder neben der Landstraße, bei der Steigung von Plomo
oder auf einer Schutthalde.
Mit gebrochenen Armen,
ausgestochenen Augen, herausgerissener Zunge,
abgeschnittenen Genitalien.
Oder man fand sie einfach nicht wieder.
Abgeholt von den Guardis „Macho Negro“ oder „Cara'e León“.
An die Ufer des Sees geworfen, hinter dem Theater Dario
Das einzige, das ihren Müttern blieb von ihren Körpern:
ihr glänzender Blick, ein Lächeln, flach, auf einem Papier.
Pappstückchen, die ihre Mütter der Zeitung zeigten
wie einen Schatz
(das Bild tief eingegraben in ihre Herzen:
auf diesem Stückchen Papier).
Der mit den krausen Haaren.
Der mit den erschrockenen Augen.
Dieser lächelnde, spitzbüßige.
Das Mädchen mit dem traurigen Blick.
Einer von der Seite. Oder den Kopf halb schräg.
In Gedanken einer. Ein anderer mit offenem Hemd.
Ein anderer mit Locken. Oder den Haaren in der Stirn.
Mit Mütze.
Ein anderer verschwommen, lächelnd unter seinem Schnurrbart.
Mit der Krawatte von der Schulabschlußfeier.
Das lächelnde Mädchen mit der krausen Stirn.
Das Mädchen auf dem Foto, das für den Freund bestimmt war.
Der Junge fein in Schale auf dem Foto für sein Mädchen.
20. 22. 18. 17. 15 Jahre alt.
Jungen und Mädchen ermordet, weil sie jung waren. Denn
zwischen 15 und 25 zu sein war verboten in Nicaragua.
Es schien, daß Nicaragua ein Land ohne Jugend
werden würde.
Und nach dem Sieg wunderte ich mich oft,
wenn ich plötzlich
einen Jungen oder ein Mädchen sah, die mich grüßten
bei einem Aufmarsch
(und ich fragte unhörbar: „Und du,
wie kamst du davon?“).
Sie waren gefürchtet, weil sie jung waren.
Ihr Jungen und Mädchen, ermordet von der Garde.
Ihr „Geliebten der Götter“.
Den die Götter lieben, nehmen sie früh zu sich,
sagten die Griechen.
Wahrscheinlich darum, denke ich, weil sie immer jung
bleiben.
Die anderen können alt und älter werden, doch für sie
bleiben die anderen immer jung und frisch,
die Stirn glatt, die Haare schwarz.
Die blonde Römerin, die starb, bleibt immer blond
in der Erinnerung.
Aber ihr, sage ich, gehört nicht zu denen,
die nicht alt werden,
weil sie (nur kurz) jung bleiben in der Erinnerung
derer, die auch sterben.
Ihr werdet jung sein, weil es immer Jungen und
Mädchen geben wird in Nicaragua,
und alle Jungen und Mädchen Nicaraguas werden von
Anfang an Revolutionäre sein,
weil ihr starbt, so viele, Tag für Tag ermordet.
Sie werden von neuem ihr sein, in immer neuem
Leben
neu, wie neu ist jeder Morgen.



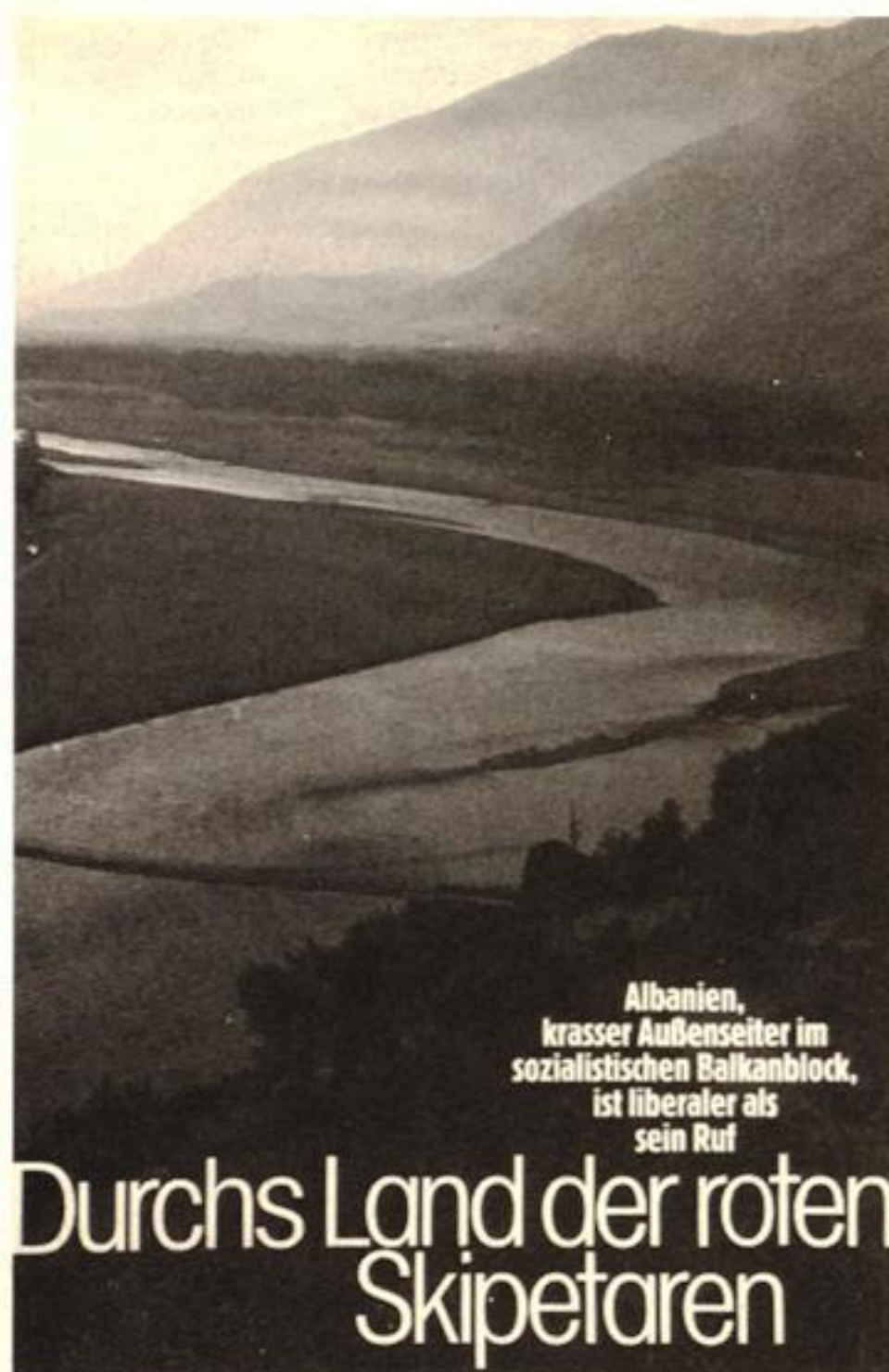
Die Gemeinschaftsküche auf einer Kaffeeplantage nördlich der Stadt Matagalpa. (RM-Foto)

sind vor allem Jugendliche, die die Milizen bilden, die den militärischen Schutz verschiedenster Anlagen übernommen haben, die an den Grenzen den Kampf gegen die konterrevolutionären Eindringlinge führen. Diese Informationen über die sandinistische Jugend und ihren Anteil an den Erfolgen in Nicaragua halten wir nicht zuletzt

hat, keinerlei Unterstützung, wie etwa Waffentransporte, für die Befreiungsfront in El Salvador mehr zu leisten. In Nicaragua als Brigadisten unter der Parole „Waffen für El Salvador“ aufzutreten, diese Forderung in den Brigadearuf einzubauen, ist aber eine nicht nur unnötige, sondern auch sehr arrogante Haltung gegenüber der

Arbeitsbrigaden sind so gesehen auch nicht das Nonplusultra antiimperialistischer Politik.

Diese Einschätzung hindert uns nicht daran, selbstkritisch zuzugeben, daß es in dieser politischen Arbeit bei der KPD noch Mängel gibt, daß konkret das Brigadenprojekt unseren Jugendverband mehr hätte interessieren sollen.



Albanien,
krasser Außenseiter im
sozialistischen Balkanblock,
ist liberaler als
sein Ruf

Durchs Land der roten Skipetaren

Titelfoto des Beitrags in „Geo“



Rückleuchte

Sternstunden in Bonn sind selten. Wenn ein Politiker sie hat, sollte man sie gebührend loben, was wir hiermit tun. Es war der Post- und Kabelminister Christian Schwarz-Schilling (CDU), der in einer solchen Stunde folgendes beschloß und verkündete: Die Bundespost will ihren Service, ihre Ansagedienste erweitern. Was bisher für uns alle nur in den Sternen stand, wird dann jederzeit abrufbar sein: Konkretes über die Zukunft, kurz: Ab 1. 4. soll die Bundespost in Zusammenarbeit mit der Deutschen Postreklame GmbH, einer Tochterfirma der Post, einen täglich neuen telephonischen Horoskop-Ansagedienst einführen.

Das mit dem 1. April ist kein verführter Scherz. Der Plan ist ernst gemeint. Ein bisher noch nicht bekannter Astrologe wird dann für nur 23 Pfennig jedermann die Zukunft deuten. Die Bundespost habe, so das Ministerium, einen Vertrag über die Textlieferungen für ein Jahr schon abgeschlossen.

Dieser Plan Schwarz-Schillings hat schon zu großen parlamentarischen Aktivitäten geführt. Wenn's um die Zukunft geht, werden die Abgeordneten rührig.

So wollte der Oppositionsabgeordnete Dietrich Sperling unter anderem in einer Fragestunde des Bundestages wissen, ob es bei der Einführung des Bildtelefons auch einen Handlasedienst der Post geben würde. Und der Bamberger SPD-Abgeordnete Hans de With, wollte wissen, ob die Bundesregierung von den Astrologen auch die Richtlinien ihrer Politik bestimmen oder über den neuen Ansagedienst die Konjunkturprognosen der „fünf Weisen“ verbreiten lassen wolle. Bekanntlich treffen deren teure Voraussagen nur höchst selten voll zu.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundespostministerium, Wilhelm Rawe (CDU) sagte jetzt, angesichts vieler ernstzunehmender Einwendungen gegen den Horoskopdienst würde die Angelegenheit nochmal überprüft.

Trotzdem fällt es schwer, eine rosige Zukunftsprognose bei diesen schwarzen Politikern zu geben.



Die Bilder in dieser Spalte stammen von dem türkischen Fotografen Mehmet Biber. Er hat sie für eine Reportage, einen Reisebericht des in Hamburg lebenden Griechen Christos Tsolodimos gemacht. Im neuen Heft des Magazins „GEO“ findet man den ausgezeichneten Beitrag unter dem Titel „Albanien: Durchs Land der roten Skipetaren“.

Auf 20 Seiten wird ein Albanienbild gezeichnet, wie es in der bürgerlichen Presse wirklich selten ist. Und es liegt sicher nicht nur daran, daß Christos Tsolodimos aus Nordgriechenland stammt, einer Nachbarregion Albaniens. Wie der Autor jetzt nach seiner Reise denkt, beschreibt er zu Beginn seines Berichts: „Heute frage ich mich, wie es kam, daß meine vier Wochen Albanien so ganz anders verlaufen sind, als ich befürchtet hatte. Einen finsternen Polizeistaat mit lauter griesgrämigen Zeitgenossen hatte ich erwartet. Erlebt habe ich Menschen, die mich in ihrer Vitalität, in ihrer Lebensfreude, aber auch in ihrem Stolz sehr an die Menschen in meiner nordgriechischen Heimat erinnerten.“

Aus dieser Haltung heraus — nicht voreingenommen, aber auch nicht unkritisch — erzählt der Autor über das Land, seine Geschichte, seine Erfolge beim Aufbau des Sozialismus — und vor allem und oft bewegt von den Menschen in Albanien. Der 20 Seiten umfassende — mit wirklich wunderschönen z. T. großformatigen Bildern hervorragend illustrierte Artikel ist nicht nur eine schöne Auffrischung der Erinnerungen für Leute, die Albanien schon mal besucht haben, sondern auch ein Stück Werbung für dieses Land, vielleicht ein bißchen Anstoß, das Land der roten Skipetaren auch mal (wieder) zu besuchen.

Das „GEO“-Heft 3, März 1984 kostet 9,80 DM und enthält noch andere informative Berichte: Japan: Die Kunst des Kodo • Indien: Den Maharadschas geht's noch gold • Deutsches Museum: Schatzkammer der Genies • Fotografie: Scharfes vom Shuttle • Mandchurei: Wo China seine Zukunft schmiedet • Schatzgräber: Das Kokos-Syndrom.

Karikatur der Woche



PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

BERLIN

Informationsveranstaltung der Ortsgruppen Kreuzberg/Neukölln zum Thema „Ausländerfeindlichkeit“ am 27. 3. 1984 um 19.30 Uhr im Karamella in Berlin 44 Donaustr./Schönstedterstr.

HERFORD

Veranstaltung der KPD
Am 30. März, 19.30 Uhr
„Neues Ausländergesetz“
Gaststätte Spilker, Bielefelder Str. 57

Einladung

zur Frauenkonferenz der KPD am 7./8. April 1984

Liebe Genossinnen,
folgendes wollen wir auf unserer Konferenz diskutieren:

1. Zusammenfassung der bisherigen Ansätze von Frauenarbeit in unserer Partei
 2. Wie stellen wir uns die weitere Arbeit vor? (Probleme der Anleitung und konkreteren Frauenpolitik der Partei)
 - 3.1 Verabschiedung einer Frauenresolution
- Zu den Punkten 1. und 2. halten wir eine Unterteilung in
- a) Betriebs- und Gewerkschaftsfrauenarbeit
 - b) Mitarbeit in betrieblich orientierten Frauengruppen (z. B. Hoesch / HDW)
 - c) Mitarbeit in autonomen Frauengruppen
 - d) Hausfrauenarbeit

für notwendig. Hier wollen wir die Erfahrungen, anstehende Aufgaben und Probleme während der Konferenz vor allem in Arbeitsgruppen diskutieren.

Als weitere Diskussionsthemen (im Plenum) sind geplant: Probleme der Frauen in der KPD, Pro und Kontra Teilzeitarbeit.

Wir laden ein: Genossinnen, die bereits aktiv Frauenarbeit in einem der o. g. Bereiche (a-d) machen.

Anmeldungen möglichst umgehend, spätestens aber bis zum 30. 3. 1984 (damit wir euch noch rechtzeitig Arbeitsunterlagen zuschicken können, Tagesordnung etc.)

Termin: Anreise 6. 4. abends oder 7. 4. morgens, Ende der Konferenz 8. 4., 15.00 Uhr.

P. S.: Ihr müßt mit einem Unkostenbeitrag zwischen 25,— und 40,— DM rechnen.

Ich möchte an einer Frauenkonferenz der KPD teilnehmen

Name Vorname

Anschrift

Beruf Unterschrift

Bitte einsenden an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaß, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.